

*Admiral Gref.*

*G*

**Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
und des SD = Oslo**  
*Feb. 17. 1942*

Oslo, den 14.11.1942.

107547

08

*Te 1*  
*Oh*  
*AWT a v*

**Geheim!**

A.O.K. Norwegen (1e)  
Eing: 17. NOV. 1942  
Nr.: 5384 / 42.  
Anl.

# Meldungen aus Norwegen

Nr. 47.

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

~~VERSICHERUNGSGEGENSTAND~~

*R70/10*

## Inhaltsübersicht.

### A - Allgemeine Lage.

- a) Stimmung.  
Seite: 1 - 2
- b) Innerpolitische Entwicklung.  
Seite: 3 - 5

### B - Gegner.

- a) Allgemeine Widerstandsorganisation.  
Seite: 6 - 7
- b) Kommunismus, Sabotage, Judentum.  
Seite: 7 - 11
- c) Kirche  
Seite: 11 - 13

### C - Lebensgebiete.

- a) Nasjonal Samling.  
Seite: 14 - 23
- b) Volksgesundheit  
Seite: 24 - 29
- c) Kulturelle Gebiete.

Seite:	30	Wissenschaft und Hochschule
"	30 - 34	Schule und Erziehung
"	35 - 36	Film
"	37 - 39	Theater
"	40 - 41	Rundfunk
"	42 - 47	Presse
- d) Verwaltung und Recht.  
Seite: 48 - 51
- e) Wirtschaft.  
Seite: 52 - 66.

Anlagen: Artikel Quislings in "Fritt Folk" von 7.11.1942  
"Das Verhältnis zwischen NS und der Freinaurerei".

## A - Allgemeine Lage.

### a) Stimmung.

Die allgemeine Stimmung der norwegischen Bevölkerung steht unter dem Eindruck englischer Erfolgsmeldungen vom nordafrikanischen Kriegsschauplatz. Damit hat sich die seit Wochen in zunehmendem Masse durchsetzende Auffassung von der ~~ständig~~ schwächer werdenden militärischen Kraft Deutschlands weiterhin vertieft. Trotzdem sind - abgesehen von einigen Gerüchten in Oslo - keine Anzeichen dafür festzustellen, daß die Bevölkerung aus diesen englischen Erfolgsmeldungen überschwengliche Schlüsse auf einen kurz bevorstehenden Sieg der Alliierten zieht. Im allgemeinen rechnet man mit einem noch lange andauernden deutschen Widerstand.

Diese Tatsache kommt u.a. auch darin zum Ausdruck, daß die neuerlich wieder auftretende Gerüchtebildung von einer in Kürze zu erwartenden englischen Invasion in Norwegen vorwiegend pessimistisch gehalten ist. Meistens wird in diesem Zusammenhang auf die gründlichen Vorbereitungen der Wehrmacht für diesen Fall hingewiesen.

Über den zivilen Ausnahmezustand in Drontheim wird zwar nicht mehr gesprochen, die Wirkung dieser Maßnahme zeigt sich aber weiterhin in einer in verschiedenen Teilen des Landes festgestellten Verschärfung der Deutschfeindlichkeit und zum anderen in der ebenfalls häufig beobachteten Furcht vor weiteren ähnlichen deutschen Maßnahmen sowie schließlich in einer verstärkten NS-Feindlichkeit.

Die verstärkte Deutschfeindlichkeit findet u.a. ihren Ausdruck in der Weigerung des Verkehrspublikums, in den Straßen- und Vorortbahnen neben deutschen Soldaten auf einer Sitzbank Platz zu nehmen (Meldungen aus Bergen und Oslo). In diesem Zusammenhang ist es verschiedentlich zu Zwischenfällen gekommen.

- 2 -

In ähnlicher Weise reagiert man nach Meldungen aus Bergen gegen die Nasjonal Samling. Häufig wird in den Berichten festgestellt, daß die Stimmung gegen die Nasjonal Samling sich in viel stärkerem Umfange verschärft habe als die gegen die Deutschen. Lediglich aus Stavanger wird berichtet, daß der Reichskommissar Terboven fast ausschließlich als der alleinige Verantwortliche für den zivilen Ausnahmezustand in Drontheim angegriffen werde.

Die Furcht vor weiteren Ausnahmezustands-Aktionen kam u.a. in Bergen anlässlich einer kürzlich erfolgreich durchgeführten Razzia der deutschen Sicherheitspolizei in dem Bergener Stadtteil "Tyske Bryggen" zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit dieser Aktion konnte in intellektuellen Kreisen Bergens eine starke Beunruhigung festgestellt werden. Man befürchtete, daß die Aktion ähnlich wie in Drontheim zur Erschiessung von 10 prominenten Bürgern der Stadt führen werde. Man erzählt sich ferner, daß die deutschen Behörden in Zusammenarbeit mit der NS bereits eine Liste der bei nächster Gelegenheit zu Erschiessenden aufgestellt hätten.

Bezeichnenderweise sind die Gerüchte über einen bevorstehenden Ausnahmezustand in Bergen auch nach Stavanger gedrungen.

Die im Anschluß an die Ermordung eines norwegischen Polizeibeamten durchgeführte Verhaftung aller in Norwegen ansässigen männlichen Juden über 15 Jahren hat in der breiten Öffentlichkeit keine stärkere Reaktion ausgelöst. Abgesehen von einigen Äußerungen üblicher Art über die in dieser Maßnahme zum Ausdruck kommende deutsche Unmenschlichkeit konnten bisher keine Sympathiekundgebungen grösseren Umfanges für die Juden festgestellt werden.

- 3 -

b.) Innerpolitische Entwicklung.

Die gegenwärtige innerpolitische Situation in Norwegen ist durch die Tatsache gekennzeichnet, dass z.Zt. grössere, das gesamte Volk bewegende Probleme nicht zur Debatte stehen. Sowohl der Kirchenkonflikt als auch die noch immer vorhandene Gegensätzlichkeit der Standpunkte in der Lehrerfrage befinden sich in einem Stadium, das ein stärkeres Interesse der breiten Öffentlichkeit nicht in Anspruch zu nehmen vermag. Das Gleiche gilt von der Diskussion über die Riksting-Pläne der Nasjonal Samling, die durch die von der illegalen Flugblattzeitung "Fri Fagvegelse" ausgelösten Austrittsbewegung aus den Gewerkschaften kurz vor dem Reichstreffen der NS einen Höhepunkt erreicht hatte. Die Niederschlagung dieser Austrittsbewegung durch das Eingreifen der deutschen Sicherheitspolizei sowie die Verschiebung des Termines der Berufung des Rikstings auf unbestimmte Zeit hat der Riksting-Diskussion ihre Aktualität geraubt.

Dementsprechend ist die illegale Flugblattpresse z.Zt. gezwungen, sich auf die Feststellung zu beschränken, dass die Mitglieder aller Berufsverbände weiterhin gegen die Wiederaufnahme der Riksting-Pläne auf der Wacht zu sein hätten. Im übrigen, so wird in diesen Flugblättern erklärt, habe die Austrittsbewegung aus den Gewerkschaften insofern zu einem Erfolg geführt, als einmal die Durchführung des Rikstings zum Scheitern gebracht und zum anderen den von der NS geführten Gewerkschaften ein Prestigeverlust von entscheidender Bedeutung zugefügt worden sei.

Weiterhin lassen die aus der Provinz vorliegenden Berichte erkennen, dass der zivile Ausnahmezustand in Drontheim die Neigung zu innerpolitischen Demonstrationen auf gegnerischer Seite stark eingeschränkt hat.

- 4 -

Das Fehlen grösserer, das gesamte Volk bewegender innerpolitischer Probleme kommt ferner auch darin zum Ausdruck, dass die Öffentlichkeit z.Zt. sich mehr mit Fragestellungen beschäftigt, die nur für begrenzte Kreise eine Bedeutung haben.

Eine Ausnahme macht hiervon lediglich die Erörterung der Ernährungsfrage, an der sämtliche Bevölkerungskreise gleich welcher politischen Herkunft mit stärkstem Interesse Anteil nehmen. Das Gleiche gilt in Oslo und anderen grösseren Städten des Landes für die Diskussion über die Brennstoffversorgung im kommenden Winter.

Die Tatsache der Erörterung von Problemen mit einem begrenzten Interessentenkreis kommt vor allen Dingen bei der Nasjonal Samling zum Ausdruck, wo z.Zt. innerparteiliche Fragestellungen stark im Vordergrund stehen.

Dabei werden u.a. erörtert: 1. die Frage der Neubesetzung des durch den Tod von Dr. Lunde freigewordenen Postens eines Ministers für Volksaufklärung und Kultur, 2. das durch einen kürzlich in "Fritt Folk" erschienen Artikel Quislings erneut an Aktualität gewonnene Freimaurerproblem, 3. das Problem der Korruptionsgerüchtemacherei und des Klikenwesens innerhalb der Partei, das durch einen Artikel von Roald Dysthe in "Aftenposten" in die Öffentlichkeit getragen worden ist, und 4. die Frage der Ordnung des deutsch-norwegischen Verhältnisses.

Das letztere Problem hat durch die starke Betonung des grossgermanischen Gedankens in den Reden des Reichstreffens der NS auch über die Partei hinaus ein gewisses Interesse gewonnen. Nachdem anfänglich die Wirkung dieser Reden durch den kurz auf den Reichsparteitag folgenden Ausnahmezustand stark überschattet worden war, ist das Interesse der breiten Mitgliederschaft von NS und darüberhinaus einzelner Kreise des norwegischen Volkes durch Reden einiger Parteiführer sowie durch eine lebhafte Pressediskussion insbesondere in "Aftenposten" erneut für die grossgermanische Frage gewonnen worden.

- 5 -

Ausserhalb der Partei will man nach wie vor den Gedanken einer germanischen Neuordnung lediglich als die Tarnung eines deutschen Imperialismus in Europa gelten lassen. Auch weite Kreise innerhalb der Partei sind Anhänger einer ähnlichen Deutung. Dabei wird häufig darauf hingewiesen, dass der Ausnahmezustand in Drontheim bewiesen habe, dass die Deutschen gar nicht dazu in der Lage seien, die Mentalität der kleinen europäischen Völker zu verstehen und daher der deutsche Führungsanspruch in Europa gleichbedeutend mit der Unterdrückung der Eigenart der kleinen Völker sei. In diesem Zusammenhang wird u.a. auch auf die Tatsache hingewiesen, dass der Führer des Beraterstabes der Nasjonal Samling SS-Sturmbannführer Neumann jetzt zugleich Landesgruppenleiter der NSDAP in Norwegen geworden sei. Man will aus dieser Tatsache den Schluss ziehen, dass auch in fernerer Zukunft der Landesgruppenleiter der NSDAP. in Norwegen einen bestimmenden Einfluss auf die Nasjonal Samling behalten soll.

Mit einer gewissen Schadenfreude vermerkt man die Tatsache, dass die Deutschen "es nicht gewagt" hätten, die Überführung der konsularischen Angelegenheiten Norwegens in Dänemark von der schwedischen auf die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Die darin zum Ausdruck kommende Einschränkung der norwegischen Souveränität habe man sich "nicht getraut", zu veröffentlichen.

Auf der anderen Seite wird aber aus verschiedenen Landesteilen gemeldet, dass grossgermanisch eingestellte Kreise der Partei durch die Reden des Reichstreffens der NS einen starken Auftrieb erhalten hätten. Besonders vermerkt wird in fast allen Berichten aus der Provinz die Tatsache, dass das erste öffentliche Auftreten der Germanske SS-Norge einen äusserst positiven Eindruck hinterlassen habe, der zuweilen sogar auf ausserhalb der Partei stehende Kreise abgefärbt habe.

- 6 -

B - G e g n e r .a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Der Widerstandswille des größten Teils der norwegischen Bevölkerung hat sich, obwohl in letzter Zeit äußerlich weniger Anzeichen eines offenen Widerstandes bemerkbar waren, weiterhin gefestigt. Die Haupttätigkeit der aktiven gegnerischen Elemente besteht z.Zt. in einer stark anhaltenden illegalen Flugschriften- und Flüsterpropaganda und in dem Bemühen, die in den letzten Monaten zerschlagenen Nachrichtengruppen so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Wie sehr sich gewisse Gegnerkreise innerhalb der norwegischen Bevölkerung sicher fühlen, zeigt die Tatsache, daß am 5. November 1942 in den Kellerräumen eines den früheren Gewerkschaften gehörenden Volkshauses im Osloer Vorort Grynerløkken eine illegale Versammlung von 46 Personen stattfand, bei der englische und amerikanische Propagandafilme gezeigt wurden und englisch-amerikanisches Schriftenmaterial verteilt wurde. Die Versammlung wurde überraschend ausgehoben und sämtliche Teilnehmer wurden festgenommen. Ihre Vernehmungen ergaben, daß sie einer Widerstandsgruppe der Jössinger angehören.

Hersteller und Verbreiter illegaler Flugschriften wurden insbesondere in Stavanger und Oslo festgenommen. In Oslo wurde bei den Ermittlungen gegen die Kommunisten festgestellt, daß ein großer Teil der illegalen Flugschriften, die nach außen hin eine norwegisch-patriotische und bürgerliche Tendenz vertreten, von marxistischen Kreisen redigiert wird. Zugriffe erfolgten in Oslo insbesondere gegen Hersteller und Verbreiter der illegalen Zeitungen "Fri Fagbevegelse", "Radio Nytt" und "Avantgarden". Neu bekannt wurden die Flugschriften "Gaa Paa", "Kg. Post" und "Victory".

In ganz außergewöhnlichem Umfange flüchteten in letzter Zeit norwegische Seeleute von in deutschen Diensten fahrenden Schiffen nach Schweden. Die Fluchtfälle ereigneten sich meist beim Lotsenwechsel. Es ist wahrscheinlich, daß von einer bestimmten Stelle aus unter den norwegischen Seeleuten zur



- 7 -

Flucht agitiert wird. Es wurde auch bereits verschiedentlich festgestellt, daß Norweger, die bisher nie zur See gefahren waren, sich anheuern liessen, um bei der Fahrt durch schwedische Gewässer nach Schweden flüchten zu können. Die Durchführung geeigneter Gegenmaßnahmen zur Verhinderung dieser Fluchtfälle und die Ermittlungen der für diese Flucht agitierenden Hintermänner sind im Gange.

Bezeichnend für die gegnerische Agitation unter den norwegischen Seeleuten ist folgender Vorfall: Vor einiger Zeit waren norwegische Seeleute über Stockholm nach Finnland geschickt worden, um einen dort gebauten Eisbrecher abzuholen. In Stockholm nahmen Agenten, die mit der norwegischen Legation in Zusammenhang gebracht werden müssen, die Verbindung mit einigen dieser Seeleute auf und erteilten ihnen nach guter Bezahlung den Auftrag, den Eisbrecher, den sie in Finnland abholen sollten, mittels einer Höllenmaschine, die sie den Seeleuten mitgaben, zu versenken. Fünf der Besatzungsmitglieder waren tatsächlich gesonnen, diesen Auftrag durchzuführen, obwohl das Schiff finnische Verwandete, Frauen und Kinder an Bord hatte. Man beabsichtigte zunächst alle Besatzungsmitglieder mit Ausnahme eines Seemannes, der NS-Mitglied ist, vor der Explosion zu warnen und zum Verlassen des Schiffes aufzufordern. Die Ausführung der Tat wurde nur durch das Dazwischentreten einiger anderer vernünftiger norwegischer Seeleute verhindert. Die 5 Norweger, die die Ausführung der Tat beabsichtigt hatten, flüchteten bei der Rückfahrt des Eisbrechers auf schwedisches Gebiet.

b) Kommunismus, Sabotage.

Die mit besonderer Intensität und Zähigkeit gegen die illegalen kommunistischen Gegner betriebenen Ermittlungen führten nach der Zerschlagung der kommunistischen Terrorgruppe "Osvald" und nachdem zahlreiche kommunistische Kuriere abgefangen worden waren, in der letzten Zeit zu immer grösseren Erfolgen. Es konnten Hersteller und Verbreiter illegaler kommunistischer Schriften festgenommen und wichtige Anlaufstellen kommunistischer

- 8 -

Kuriere in Oslo ausgehoben werden. Diese Erfolge führten letztlich zum Bekanntwerden der Standorte der zwei wichtigsten kommunistischen Zentralstellen außerhalb Oslos und zur Aushebung eines Teils der illegalen kommunistischen Landesleitung. Es war schon seit langer Zeit bekannt, daß eine wichtige kommunistische Zentralstelle sich in der weiteren Umgebung von Hønefoss befinden mußte. Am 29. Oktober 1942 ergab die Vernehmung eines kommunistischen Hauptkuriers schließlich, daß sich führende Kommunisten in einem Bauernhof bei Vickersund aufhielten. Am Morgen des 30. Oktober 1942 wurde dieser Bauernhof umstellt. Beim Eindringen in seine Räume fanden die Beamten der Sicherheitspolizei Widerstand, und es entwickelte sich ein Feuerwechsel, in dessen Verlauf ein Beamter der Sicherheitspolizei schwer verletzt und zwei der Hausbewohner getötet wurden. Es waren 2 Mitglieder der kommunistischen illegalen Landesleitung, Propagandaleiter und Schriftleiter Arne G a u s l a a und der kommunistische Hauptkurier Hermann S ö n j o, beide aus Oslo. Festgenommen wurden das Mitglied der kommunistischen Landesleitung Ottar L i e, dessen Ehefrau, ein weiterer Kommunist und der Eigentümer des Hofes. Die in dem Bauernhof gemachten Funde waren besonders ergiebig. Es wurden zahlreiche wichtige Schriftstücke, Anschriften- und Propagandamaterial, der Entwurf zu einer neuen Ausgabe der illegalen Zeitung "Radio Nytt", Schreibmaschinen, Pistolen und ein Radiogerät vorgefunden. Am gleichen Tage wurde der Sitz des Hauptquartiers der illegalen kommunistischen Landesleitung bekannt. Da zugleich festgestellt wurde, daß dieses Quartier mit Waffen gut versehen und durch zahlreiche Vorposten gesichert war, mußte zu seiner Aushebung neben einem Kommando der Sicherheitspolizei eine Kradschützenkompanie der Ordnungspolizei eingesetzt werden. Bereits beim Anmarsch des Kommandos der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei von Hemsedal aus, von wo aus das kommunistische Hauptquartier zu erreichen war, wurde ein kommunistischer Skikurier abgefangen, der im Besitze einer Coltpistole und einer grösseren Anzahl illegal beschaffter Lebensmittelkarten war und wahrscheinlich die Aufgabe hatte, neue Lebensmittel zu besorgen. Auf dem weiteren Marsch wurde

- 9 -

eine noch im Tal liegende Hütte besetzt, die als erste Anlaufs- und Sicherungsstelle für das kommunistische Hauptquartier diente. Zwei die Hütte besetzt haltende Kommunisten wurden festgenommen. Es war dabei nötig, die Hütte mit MG- und MP-Feuer zu belegen, da die beiden Kommunisten die Hütte nicht freiwillig räumten, sondern aus ihr heraus Pistolenschüsse abgaben, durch die einer der Beamten einen leichten Streifschuß erhielt. Einer der Kommunisten, der Bruder des als Angehöriger der kommunistischen Terrorgruppe "Osvald" zum Tode verurteilten und hingerichteten Haakon Eriksen, Finn E r i k s e n , wurde schwer verletzt. In der Hütte wurden grössere Lebensmittelvorräte zur Winterversorgung des Hauptquartiers vorgefunden. Auf dem weiteren Vormarsch wurden zwei der Verbindung mit dem kommunistischen Quartier verdächtige Personen festgenommen. Die Festnahme der im Hauptquartier befindlichen Kommunisten mißlang, da sie in letzter Minute noch rechtzeitig gewarnt worden waren und so in die Wälder entkommen konnten. Die sofort angesetzte und bis zum nächsten Morgen fortgesetzte Verfolgung blieb ergebnislos. Bei der Durchsicherung der Hütten, in denen sich die Kommunisten aufgehalten hatten, wurden ein Presse-Archiv, das augenscheinlich zur Redigierung einer illegalen Zeitung diente, und zahlreiches Schriftenmaterial vorgefunden, aus dem u.a. eine enge Verbindung der illegalen kommunistischen Landesleitung Norwegens und den schwedischen Kommunisten hervorgeht. - Auf dem Rückmarsch wurden ein weiterer anlaufender kommunistischer Kurier und zwei Personen aus Oslo, die ebenfalls als Kuriere verdächtig erschienen, gestellt. Ein zur Säuberung des Gebietes um Hemsedal bis zum 6.11.1942 zurückgebliebenes Kommando nahm in den nächsten Tagen weitere 7 Personen aus Hemsedal und Umgebung fest, die alle verdächtig sind, mit dem kommunistischen Hauptquartier in Verbindung gestanden zu haben. Einer der Festgenommenen, der Bauer Thor B r a a t e n aus Hemsedal, gab an, daß im Sommer ds.Js. unter den Kommunisten Hemsedals und Umgebung eine Lastwagenladung Waffen, Munition und Sprengstoff verteilt worden sei, und daß er selbst

- 10 -

4 Kisten Granaten und 1 Kiste Dynamit erhalten und im Walde unter Felsen versteckt habe. Als Braaten zu der Stelle, die er als Versteck der Granaten und des Sprengstoffes angegeben hatte, geführt werden sollte, versuchte er zu entfliehen. Dabei wurde er erschossen.

Aus dem in Vikkersund und Hemsedal vorgefundenen Materil geht hervor, daß die illegale kommunistische Partei Norwegens einen Teil ihrer früheren Anhänger und darüber hinaus bereits einen Teil früherer Arbeiterparteiler für ihre Dienste gewonnen hat und jetzt mit allen Mitteln zu einer Verschärfung des Widerstandes gegen die deutsche Besatzungsmacht treibt. Die Verbindung der kommunistischen Terrorgruppe "Osvald" zur illegalen Landesleitung ist eindeutig erwiesen. Es ist andererseits festgestellt worden, daß durch die letzten erfolgreichen Aktionen gegen die Kommunisten deren illegale Arbeit immer schwieriger geworden ist, so daß es jetzt eine ihrer wichtigsten Tätigkeiten ist, die von der deutschen Sicherheitspolizei Verfolgten in Sicherheit zu bringen.

b) Judentum.

Am 22. Oktober 1942 wurde im Zuge von Fredrikstad nach Halden ein norwegischer Polizeibeamter, der 3 verdächtige Personen festgestellt hatte, von diesen erschossen. Als Täter kommen 2 Juden und ein Norweger in Frage. Sie sind inzwischen festgenommen worden. Diese Tat hat innerhalb der NS eine große Empörung ausgelöst und zu neuen Maßnahmen der Staatsleitung gegen die Juden geführt. Im Einvernehmen mit dem Reichskommissar wurden am 26.10. durch die norwegische Polizei schlagartig alle männlichen Juden von 15 Jahren aufwärts festgenommen. Es wurden etwa 370 Juden verhaftet und zum Teil im norwegischen Polizeigefängnis Bredtvedt, z.T. in einem Lager bei Tönseberg untergebracht. Einige Juden, die nach Schweden zu fliehen versuchten, wurden gefaßt; einige halten sich z.Zt. noch im Gebirge in Hütten versteckt.

- 11 -

Der norwegische Staat hat inzwischen die Einziehung des Vermögens durch Gesetz vom 26. Oktober 1942 festgelegt. Demnach werden Vermögen, die einem Juden, der norwegischer Staatsbürger ist, oder einem staatenlosen Juden, welcher sich hier im Lande aufhält, gehören, zugunsten der Staatskasse eingezogen. Das gleiche gilt für die Vermögen, die Ehefrauen oder Kindern von Juden gehören. Wer durch Zerstörung, Schenkung, Verkauf zu Unterpreisen, Bestechung, falsche Angaben, Verschweigen oder auf andere Art und Weise versucht, Vermögensgegenstände der Beschlagnahme nach diesem Gesetz zu entziehen oder falsche Angaben macht, bzw. falsche Verpflichtungen angibt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Jahren bestraft.

c) K i r c h e .

Die Festnahme der Juden hat in kirchlichen Kreisen überaus stark gewirkt und wie Angehörige der kirchlichen Opposition äußerten, "die stärkste Erschütterung seit der Besatzungszeit" hervorzurufen.

Den ersten Niederschlag hat diese Stimmung in einem Schreiben an Quisling gefunden, in dem die Einstellung aller religiösen Kreise Norwegens zur Judenfrage und zur Behandlung der Juden in Norwegen wiedergegeben wird. Dieses Schreiben ist von den abgesetzten Bischöfen, den Leitern der "Vorläufigen Kirchenleitung", den Leitern der beiden theologischen Fakultäten, den Führern der freien kirchlichen Vereinigungen in Norwegen, den Vorsitzenden der Missionsgesellschaften und den Leitern der Sektengruppen unterzeichnet. Die Wegnahme des Vermögens und die Inhaftierung der Männer streite nicht nur gegen das christliche Gebot der Nächstenliebe, sondern auch gegen die einfachsten Forderungen des Rechts. Die Juden seien nicht irgendwelcher Vergehen gegen die Gesetze angeklagt, seien auch durch kein Gerichtsverfahren überführt worden und würden doch so hart bestraft, wie die wenigsten Verbrecher, einzig und allein, weil sie Juden seien. Nach Gottes Wort hätten

- 12 -

jedoch alle Menschen denselben Wert und damit dasselbe Menschenrecht, was auch im Grundgesetz verankert sei. Der Staat könne kein Gesetz und keine Verordnung erlassen, die mit dem christlichen Glauben und dem Bekenntnis der Kirche im Widerspruch stehe. "Wenn wir uns in dieser Sache an die Behörden wenden, so geschieht das aus tiefster Gewissensnot heraus. Durch unser Schweigen würden wir dieses Unrecht gegen die Juden legalisieren und mitschuldig an diesem Unrecht werden. Sollen wir gegen Gottes Wort und das Bekenntnis zur Kirche treu sein, so müssen wir reden." ..... "Die Kirche kann nicht schweigen, wenn Gottes Gebot unter die Füße getreten wird und hier ist einer der Grundwerte des Christentums, die verletzt wird, nämlich Recht und Gerechtigkeit." Zum Schluß wird die weltliche Obrigkeit ermahnt, "laßt die Judenverfolgung aufhören und beendet den Rassenhaß, der durch die Presse in unserem Lande verbreitet wird.

Neben dieser Judenaktion sind die Ausweisungen des ehemaligen Dompropstes H y g e n , des ehemaligen Sekretärs Berggravs, Pastor R o s e f , aus den Bereichen Oslo und Aker, in den Hintergrund getreten. Man hat die Ausweisungen ruhig hingenommen mit dem Bemerkten, daß man zu persönlichen Opfern bereit sei, solange die Sache, d.h. die kirchliche Arbeit, nicht dadurch gehindert würde. Die Ausweisungen hätten, so wird weiter in diesen Kreisen verbreitet, die Weiterarbeit der "Vorläufigen Kirchenleitung" lediglich etwas erschwert. Wenn jedoch Prof. Hallesby festgenommen würde, würde dies voraussichtlich weittragendere Formen zur Folge haben, da Hallesby im norwegischen Kirchenleben eine gewisse Sonderstellung einnehme und sich als Haupt der größten Laienorganisationen des Landes allgemeinen Ansehens und Vertrauens aller Kreise erfreue. Während daher Maßnahmen gegen Bischöfe und Pfarrer immerhin noch als eine mehr innere Angelegenheit der Staatskirche aufgefaßt werden könnte, würde sich bei Maßnahmen gegen Hallesby das gesamte Kirchenvolk getroffen fühlen.

- 13 -

Eine Gefährdung der augenblicklichen Ruhe würde auch dann eintreten, falls die Regierung es verbieten würde, daß für die Pfarrer, die sich weigerten, vom Staat Gehalt anzunehmen, von privater Seite Mittel zur Verfügung gestellt würden. In diesen Fällen würde mit einem Auftrieb der radikalen Freikirchler zu rechnen sein und voraussichtlich folgende Entwicklung nach sich ziehen:

An die Stelle Hallesby's würden andere treten, die dann aber anonym bleiben würden, während Hallesby und die übrigen Mitglieder der "Vorläufigen Kirchenleitung" mit ihren Namen als Leiter der Oppositionen aufgetreten seien. Ähnlich wie bei den Lehrern, würde wohl diese Anonymität der oppositionellen Kirchenleitung nicht zu entschleiern sein.

Die radikaleren, auf Freikirche gerichteten Strömungen, würden auch in der Laienschaft und unter den Pfarrern zunehmen, die gemäßigteren Elemente zu ihnen übergehen.

C - Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

Die auffallende Zurückhaltung, die unmittelbar nach dem 8. Reichstreffen in der Einstellung eines großen Teiles der NS-Mitglieder zum großgermanischen Gedanken festgestellt wurde, ist nunmehr einer in zunehmendem Masse lebhafter werdenden Diskussion über die durch die Reden des 8. Reichstreffens aufgeworfenen Fragen der zukünftigen Gestaltung des deutsch-norwegischen Verhältnisses und des Einbaues Norwegens in das neue Europa gewichen. Es kann bei der früheren starken Betonung des norwegischen Souveränitätsanspruches durch die Parteiführung nicht überraschen, daß die breite Masse der Mitglieder der neuen großgermanischen Richtung nur äußerst widerwillig folgt, zumal auch führende Parteikreise entweder dieser Entwicklung nicht entgetreten oder sie sogar noch fördern.

Aus den Berichten, die aus der Provinz vorliegen, geht ebenfalls hervor, daß sich der Gedanke einer germanischen Gemeinschaft in der breiten Masse der Mitglieder nur schwer durchsetzt.

In einer Meldung aus Fredrikstad heißt es, daß man sich dort in NS-Kreisen von den in Oslo vertretenen Gedanken des Großgermanentums distanzieren will. Es werde befürchtet, daß die norwegischen Interessen immer mehr in den Hintergrund treten müßten, weil, wie ja aus den Reden anlässlich des Parteitages entnommen werden konnte, Berlin über alle Fragen, die in Europa aufträten, sich das Bestimmungsrecht anmasse und sich Norwegen den ausschließlichen Interessen Deutschlands unterwerfen müßte.

Die "geduldete negative Meinungsbildung" innerhalb der NS zur großgermanischen Frage fände, so wird von positiver NS-Seite erklärt, außerdem immer wieder Nahrung durch verschiedene deutsche Maßnahmen, die von den NS-Mitgliedern häufig als Belastung des nationalen Empfindens ohne dringende Notwendigkeit empfunden würden.



- 15 -

Immerhin, so wird von positiv eingestellten NS-Mitgliedern erklärt, sei allein schon die Tatsache einer lebhafter werdenden Diskussion über großgermanische Probleme als ein erfreuliches Zeichen zu werten, zumal im Rahmen dieser Erörterungen auch von führender NS-Seite Äußerungen gemacht würden, die bei allen Vorbehalten nationaler Art erkennen liessen, daß große Teile der Parteiführung bereit seien, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wenn diese Äußerungen vielfach auch einen rein offiziellen Charakter trügen und ihre Bedeutung durch gelegentlich bekannt werdende private Bemerkungen eingeschränkt würde, sei doch eine durchaus positive Linie innerhalb der Parteiführung zu erkennen.

So erklärte der nach Tromsø versetzte bisherige Fylkesfører von Austviken (Östfold) H o f f , in seiner Abschiedsrede u.a.: "Es gilt nicht nur, sich selbst zu erkennen und dadurch norwegisch und national zu sein, sondern ebenso sehr das neue Europa zu erkennen und zu verstehen. So haben Björnson, Ibsen und Hamsun gedacht, aber auch vor allem Adolf Hitler und Vidkun Quisling. Wir sehen, wie die gigantischen Ideen des Förers und des Führers vor unseren Augen verwirklicht werden."

Die nationalen Hemmungen bei der Einstellung zur großgermanischen Lösung läßt ein Artikel von Advokat S y r r i s t in "Aftenposten" besonders gut erkennen. In dem Artikel wird bemerkt, daß der Nationalsozialismus auf heimischen Boden baue und das Norwegen nach Beendigung des Krieges ein freies Glied in einem großgermanischen Bund sein werde und dann seine eigene Marine und sein eigenes Heer zur Verteidigung Norwegens und der Lebensinteressen der Bundesgenossen haben werde. Dr. Eivind M e h l e betont in einem ebenfalls in "Aftenposten" erschienenen Artikel, daß die Verschiedenheiten der einzelnen europäischen Völker dem neuen Europa geistigen Reichtum verleihen werde. Rom habe seinerzeit den Völkern die Eigenart genommen und diese Völker romanisiert. Dies werde aber in einem germanischen Europa, wie der Reichsführers-SS vor der Niederländischen SS seinerzeit hervorhob, nicht der Fall sein.

- 16 -

Minister F u g l e s a n g erklärte in einer am 1.11.1942 in Drammen gehaltenen Rede u.a.: "Der Kampf gilt heute der Sammlung Europas, ein Kampf, der unweigerlich erforderlich ist, wenn Norwegen nicht untergehen soll. Die Einheit muß auf den einzelnen freien Völkern aufgebaut werden. Diese müssen aber im Interesse der Gemeinschaft auf einige souveräne Rechte verzichten."

Trotz dieser Bemühungen ist, wie aus den letzten Berichten hervor geht, sowohl in Oslo, wie auch in der Provinz die negative Einstellung gegenüber dem großgermanischen Gedanken nicht unbedeutend. Positiv eingestellte NS-Mitglieder erklären dazu, daß die Bemühungen in der Durchsetzung des großgermanischen Gedankengutes innerhalb der NS die sich nach den Reichstreffen in nur wenigen Reden und in einigen Zeitungsartikeln zeigten, mehr oder weniger doch nur offizieller Natur wären. Es fehle, so wird von dieser NS-Seite weiter festgestellt, die intensive und eindringliche Einwirkung in persönlichen politischen Meinungs austausch zwischen Führung und Mitgliedschaft und der Mitgliedschaft untereinander. Solange die Mitglieder den führenden Kreisen die Ehrlichkeit ihres großgermanischen Willens nicht aus den Augen ablesen und ihrer Haltung zu den verschiedensten Fragen politischer und weltanschaulicher Natur entnehmen könnten, würde sich der Gedanke der germanischen Neuordnung innerhalb der breiten Parteimitgliedschaft nur schwer durchsetzen.

Der Ausnahmezustand in Drontheim stand sowohl in Oslo als auch in der Provinz längere Zeit im Mittelpunkt der Diskussion innerhalb der NS.

In Drontheim selbst herrschte während der Zeit des Ausnahmezustandes bei den NS-Mitgliedern eine gedrückte Stimmung. In der Öffentlichkeit waren zum großen Teil die Parteiabzeichen verschwunden. Viele scheuten sich, sich als NS-Mitglied zu zeigen. Seitens der NS befürchtete man allgemein, daß sich die Einschaltung des Fylkesführers Rogstad und damit der Partei in den Ausnahmezustand äußerst nachteilig auswirken würde und daß damit vielleicht die Parteiarbeit überhaupt unmöglich geworden sei.

- 17 -

Erst eine große Parteiversammlung, auf der Fylkesfører Rogstad über die Hintergründe des Ausnahmezustandes sprach, und die Begründung sowohl für die deutschen, als auch die von seiner Seite durchgeführten Maßnahmen gab, führte einen völligen Stimmungsumschwung herbei. Die Ausführungen Rogstads wandelten die Mutlosigkeit und Zweifel, die die meisten befallen hatten, in Zuversicht und Glauben.

Innerhalb der Führung der NS in Oslo hat, wie dazu bekannt wird, das Vorgehen Rogstads vielfach Verbitterung ausgelöst. Einzelne Minister bzw. Departements sollen die Absicht gehabt haben, verschiedene Entscheidungen Rogstads rückgängig zu machen. Man sei besonders darüber erschrocken gewesen, daß der vom Reichskommissar eingesetzte Fylkesfører Rogstad alle Entscheidungen selbständig ohne Unterrichtung und Befragung Oslos getroffen habe. Politisch sei dieses selbständige Handeln des Fylkesführers Rogstad von Quisling, den Ministern und der Führung der NS als eigennützig und gefährlich verurteilt worden. Es sei daher Quisling vorgeschlagen worden, Rogstad zu entfernen und ihn als Freiwilligen zur Legion zu beurlauben. Als Nachfolger wurde der Fylkesmann von Drontheim, Grundtvig, vorgeschlagen, der zusammen mit dem NS-Redakteur Skylstad und dem Rechtsanwalt Bauck als erste in Oslo zunächst bei Minister Prytz über die Drontheimer Vorgänge Bericht erstattet hatten. Quisling soll erwidert haben, daß ihm die Kombination zwischen Fylkesfører und Fylkesmann nicht günstig erscheine, habe sich jedoch später überzeugen lassen. Bei den Besprechungen sei Rogstad und seine Umgebung grundsätzlich als "die Jungen" bezeichnet worden.

Seit der aufsehenerregenden Veröffentlichung der Artikelserie "Die Heimlichkeiten des Freimaurerordens" von Rechtsanwalt Sverre Helliksen, in der dieser für die Aufnahme ehemaliger Freimaurer in die Partei eintrat, machte sich in NS-Kreisen eine starke antifreimaurerische Stimmung bemerkbar, wobei die Forderung auf eine Lösung des Freimaurerproblems in Norwegen gestellt wurde. Vor allen die Hird, bei der sich durch Schulung und Einwirkung der weltanschaulich durch die SS beeinflussten

- 18 -

Legionäre eine starke antifreimaurerische Haltung zeigte, wirkte durch scharfe Artikel in der Presse für eine endgültige Lösung des Freimaurerproblems. Die freimaurergegnerische Stimmung in diesen Kreisen wurde durch den Artikel von Per I m e r s l u n d in der Zeitung "Germaneren" "Saboteure in unseren Reihen" sowie durch den Vortrag von SS-Oberführer Prof. Dr. S i x über die Freimaurerei am 28. September noch verschärft. (Siehe "Meldungen aus Norwegen" Nr. 46 von 15.10.1942, Anlage).

Die am 14., 15. und 16. Oktober von Fliegerhird durchgeführte Aktion gegen eine Reihe von Freimaurern innerhalb der NS endete mit der Verhaftung des Führers des Fliegerhird, Henrik Reidar A a g a a r d und seines Adjutanten M i n s a a s . Aagaard leitete seine Aktion gegen die Freimaurer mit der Absetzung des Leiters der staatlichen Luftfahrtverwaltung, Oberstleutnant M j ö l l n e r , eines ehemaligen Freimaurers in 7. Grad ein. Aagaard richtete gleichzeitig an Quisling eine schriftliche Erklärung, in der er um nachträgliche Billigung seines Schrittes bat. Nachdem sich Generalsekretär F u g l e s a n g und der Leiter der Norwegischen Sicherheitspolizei M o y s t a d eingeschaltet und Aagaard zur Rückgängigmachung seiner Maßnahme aufgefordert hatten, beschuldigte Aagaard Fuglesang und Moystad in einem Schreiben der Zusammenarbeit mit den Freimaurern.

Die Aktion hat in Osloer Hirdkreisen und bei der Germanischen SS eine gewisse Genugtuung ausgelöst. Am 16. Oktober 1942 wurde Aagaard und Minsaas verhaftet. In Teilen des Osloer Hird und in den Reihen der Germanischen SS wurde diese Maßnahme scharf abgelehnt. Von Partei- und Hirdseite wurde dazu erklärt, daß eine Aktion, auch wenn Aagaard nicht die Initiative ergriffen hätte, später in irgendeiner Form doch gekommen wäre. Die Rede, die Professor S i x anlässlich der Reichstagung in Oslo gehalten habe, hätte die Aktivisten in ihrem Entschluß, die Freimaurerfrage einer Entscheidung zuzuführen, bestärkt. Man sei in Hird überzeugt, daß die Aktion von ehrlichen Motiven geleitet gewesen sei. Die Verbitterung gegen verschiedene Leute aus der Umgebung Quislings sei nur gewachsen. Auch wenn von Quisling selbst

- 19 -

inner wieder die Zuverlässigkeit ehemaliger hoher Freimaurer seiner Umgebung erklärt würde, so sei deren Treiben und Einfluß auf grundsätzliche politische Fragen im Grunde doch freimaurerfreundlich.

In Kreisen der NS-Hauptorganisation faßte man die Aktion des Fliegerhird als den Ausdruck einer verzweifelten Stimmung breiter NS-Kreise, vor allen aber des aktiven und weltanschaulich kompromißlosen Elementes innerhalb der NS auf. Führende NS-Mitglieder, z.B. der stellvertretende Reichsorganisationsleiter S k a p p e l , teilte diese Auffassung. In diesem Zusammenhang ist die Tatsache bemerkenswert, daß der Reichsorganisationsleiter Minister Lippestad kurz nach der Aktion Aagaards in einer öffentlichen Rede stark gegen die Freimaurer Stellung nahm.

Die Erregung bei Angehörigen der Germanischen SS ging nach der Verhaftung Aagaards soweit, daß verschiedene Stimmen die Befreiung Aagaards und Minsaas aus den Gefängnis notfalls mit Waffengewalt forderten. Von Angehörigen der Germanischen SS wurde außerdem die Auffassung vertreten, daß die Lösung des Freimaurerproblems innerhalb der NS als auch die grundsätzliche Einstellung zu anderen weltanschaulichen Fragen kaum mehr von Quisling allein entschieden werden könne, sondern daß hier eine Entscheidung des Führers oder eine Einflußnahme von deutscher Seite erforderlich sei. NS-Mitglieder, die aus der ehemaligen NNSAP kommen, erklärten, daß ihnen Quisling, so sehr sie sich auch selbst dagegen sträubten, innerlich wieder mehr und mehr fremd würde. Vor Jahren seien sie gekommen, den Weg mit Quisling zu gehen und ihn, eigene Gefühle verleugnend, als Förderer anzuerkennen. Heute seien es schon breitere Kreise junger norwegischer Aktivisten der NS, die Quisling immer mehr zweifelnd gegenüberstünden.

Nach der Verhaftung der beiden Fliegerhirdführer wurde eine grössere Sammelaktion zugunsten der Angehörigen der beiden Verhafteten eingeleitet, wobei sich Angehörige der Hauptorganisation stark beteiligten.

Wie von NS-Seite weiter verlautete, soll sich Minister Prytz bereits vor der Aktion des Fliegerhird mit einer schriftlichen

- 20 -

Eingabe an Quisling gewandt haben, wobei er die Forderung erhoben habe, daß die Antifreimaurerpropaganda des "Hirdmannen" und des "Germaneren" abgestoppt werde, da sie die Einheit der NS störe. Aufgrund der Fliegerhirdaktion habe Prytz erneut eindringlich auf Quisling eingewirkt, um die Freimaurerdiskussion innerhalb der NS endlich zum Schweigen zu bringen.

Am 7. November 1942 wurde in "Fritt Folk" die Entscheidung Quislings in Form eines Artikels veröffentlicht. (Siehe Anlage).

Die Reaktion auf diesen Artikel Quislings ist durchaus zwiespältig.

Uneingeschränkte Anerkennung hat er nach den vorliegenden Berichten ausschließlich in denjenigen Parteikreisen gefunden, die mittelbar oder unmittelbar in persönlichen Beziehungen zu führenden Freimaurern in der NS stehen. Es ist aber bezeichnend, daß selbst in diesen Kreisen im Zusammenhang mit dem Artikel Quislings Zweifel aufgetaucht sind.

Bei der Reaktion der übrigen Parteimitglieder ist bemerkenswert, daß die an Lebensjahren älteren NS-Angehörigen zu einer meistens schwankenden und unklaren Stellungnahme neigen, während die jüngeren Mitglieder fast einheitlich eine ablehnende Haltung einnehmen.

Von den älteren Mitgliedern wird erklärt, daß der jugendliche und aufrichtige Idealismus der Freimaurergegner von Quisling in seinem Artikel nicht in gerechter Weise gewürdigt worden sei. Die Bewegung sei in Gefahr, den revolutionären Schwung der Jugend zu verlieren. In übrigen hätte sich die ganze Angelegenheit in menschlich anständigerer und würdigerer Weise durch ein persönliches Einwirken Quislings auf Aageard und Minsaas und auf den Hird erledigen lassen. Es ist auffällig, wie häufig in diesem Zusammenhang die Bemerkung gemacht wird, daß Quisling zu so einem persönlichen Eingreifen nicht fähig sei. Dabei wird in dieser Verbindung erwähnt, daß Quisling noch nicht ein einziges Mal die Verwundeten der Legion und der Waffen-SS im Lazarett aufgesucht habe, daß er noch nie den Versuch gemacht

hätte, sich einen persönlichen Kontakt zu den Frontsoldaten zu schaffen. Da diese Äußerungen älterer Parteimitglieder meistens nur in engen persönlichen Kreisen fallen, ist die Meinungsbildung innerhalb der Partei vorwiegend durch die wesentlich schärfer gehaltene Stellungnahme jüngerer Mitglieder geprägt.

Diese Stellungnahme kommt einheitlich und eindeutig besonders in Hird-Kreisen zum Ausdruck. Die innere Entfremdung gegenüber Quisling äußert sich in einer immer schwächer werdenden Zurückhaltung der Kritik gegenüber Quisling. Der Artikel sei ein dokumentarischer Beweis für die unkonsequente Einstellung Quislings. Der zweite Teil widerspreche dem ersten Teil. Wenn man ihn öfter durchlese, bekomme man immer mehr das Gefühl einer äußerst leichtfertigen Beurteilung der Frage. Die Freimaurerfrage sei nach der Auflösung der Logen und nach dieser Erklärung Quislings trotzdem nicht als erledigt zu betrachten.

Übertrittsabsichten zur Germanischen SS wurden von einzelnen Hirdmännern mit dem Hinweis begründet, daß sie "in einer Bewegung, die fundamentale Forderungen so leichtsinnig um einer Hand voll Menschen verwässern lasse" nichts mehr zu suchen hätten. Nach der Veröffentlichung des Artikels Quislings konnte festgestellt werden, daß die Diskussion um die Freimaurerfrage, die durch andere Ereignisse wie Judenaktion und den Tod Lundes etwas in den Hintergrund getreten war, erneut auflebte. In diesem Zusammenhang wird die Person des Ministers Prytz immer wieder als verhängnisvoll für die Bewegung bezeichnet.

Mit besonders scharfer Ironie wird in Hirdkreisen die Tatsache kommentiert, daß der Justitiarius Helliksen, der im Mai 1942 mit einer Artikelserie über die Freimaurerei an die Öffentlichkeit trat und mit seinen in weiten Parteikreisen als würdelos empfundenen Formulierungen einen wesentlichen Beitrag zur Verschärfung der Freimaurerfrage brachte, (s. hiesige "Meldungen aus Norwegen" Nr. 40) nunmehr in "Aftenposten" einen Artikel über den "ideologischen Kern der Nasjonal Samling" veröffent-

- 22 -

licht. Man erinnert in diesen Zusammenhang an die Tatsache, daß in Mai 1942 erzählt wurde, Quisling habe an der Artikelserie Hellihsens über die Freinaurerei ein sehr starkes persönliches Interesse genommen.

Bedeutendes Aufsehen innerhalb der NS hat der am 31. Oktober 42 in "Aftenposten" veröffentlichte Artikel des unter den Bewerbern für den Posten des Ministers für Volksaufklärung und Kultur genannten NS-Mitgliedes Roald D y s t h e erregt. Der Artikel, der unter der Überschrift "Korruption" an erster Stelle auf der ersten Seite von "Aftenposten" veröffentlicht worden ist, hat sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zu Kombinationen Anlaß gegeben. Dysthe wendet sich in seinem Artikel gegen den "blauäugigen Optimismus", daß allein schon die Abschaffung des demokratischen Systems und die Einführung des Verantwortungsprinzips eine korruptionsfreie Epoche heraufzuführen vermöge. "Selbst wenn der Nationalsozialismus die Pulverisierung der Verantwortung, die durch Komitees und anonyme Mehrheitsabstimmungen stattfand, wegräumt, so ist es klar, daß das Führerprinzip, das das Entscheidungsrecht in die Hände eines einzelnen Mannes legt, ja eine unbedingte Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit zur Voraussetzung hat". Nachdem Dysthe eine Darstellung von den Mitteln, denen sich die Korruption zu bedienen pflegt, gegeben hat, läßt er in dem Schlußabsatz seines Artikels durchblicken, daß die innerhalb der Partei herrschende Korruption viele anständige Norweger davon abhalten, NS-Mitglied zu werden. Alle NS-Mitglieder müßten daher mit äußerster Konsequenz alle diejenigen ablehnen, die nur ihre Eigeninteressen durchzusetzen versuchten. "Sie müssen durch ihre Geradlinigkeit und Haltung das norwegische Volk dazu bringen, in den NS-Mann die Inkarnation aller Tugenden zu sehen, die alle guten Männer in diesen Lande durch Jahrhunderte durch die Geschlechter vererbt haben". In führenden Parteikreisen wird vielfach die Vermutung ausgesprochen, daß dieser Artikel sich gegen die Gruppe Hagelin und speziell gegen den Direktor des Weinmonopols und Wirtschaftsbeauftragten der NS Alf W h i s t richte.



- 23 -

Die Lage im Hird wird in wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt:

- 1.) Durch den Ausbau der Germanischen SS Norwegens,
- 2.) Durch die innerhalb der Partei bestehenden Spannungen.

Durch die Beauftragung M o y s t a d s und durch sein bisheriges Verhalten ist diese Spannung in voller Schärfe jetzt auch in den Hird hineingetragen worden. Moystad verfolgt dabei das Ziel, den Hird zu einem Gegengewicht zur Germanischen SS Norwegen zu machen. Damit ist die Gefahr gegeben, daß der Hird aus seinem Gegensatz zur Germanischen SS heraus auf eine betont national norwegische Linie festgelegt wird. Als Vorbedingung zur Durchführung dieses Planes versucht er die Absetzung des Stabschefs T h r o n s e n herbeizuführen und damit gleichzeitig eine Bresche in die Front Hagelin-Thronsen zu schlagen. Hierin findet er die volle Unterstützung der Gegner Hagelins. Die dadurch ausgelöste Auseinandersetzung um die Befehlsgewalt in Hird - Moystad vermeidet es bewußt, eine Klärung der Befehlsverhältnisse zwischen Hirdchef und Stabschef herbeizuführen, solange Thronsen die Stellung des Stabschefs inne hat - verhindert jede plannässige Arbeit in Hird.

Aus dem Bestreben Moystads, plannässig die Stellen der Lensmänner mit Hirdangehörigen zu besetzen, spricht der Versuch, den Hird auf der national-norwegischen Linie festzulegen.

Aus den bisher gegebenen Anweisungen Moystads und den von ihm geführten Besprechungen ist zu erkennen, daß es ihm weniger um eine bewußt politische Ausrichtung geht, als vielmehr um eine Ausbildung in Maschieren und äußerlichen Auftreten, da diese weltanschaulich weniger verpflichtend ist.

In die gleiche Richtung weist das Bestreben, einen engen Kontakt zwischen Hird und Arbeitsdienst herzustellen, nicht in erster Linie um die entlassenen Arbeitsmänner für den Hird zu gewinnen, sondern um sich die Erziehungseinrichtungen des Arbeitsdienstes zur Ausbildung von Hirdführern zunutze zu machen, wobei ihm die unpolitische Schulung von Männern, die einmal maßgeblich in der Führung tätig sein sollen, als durchaus geeignet erscheint.

b.) Volksgesundheit.

In den letzten Monaten und besonders in den letzten Wochen ließ sich ein starkes Aufleben der schwedischen Hilfstätigkeit für Norwegen, sowohl propagandistisch in der schwedischen Presse, wie auch in den Verhandlungen schwedischer Persönlichkeiten in Oslo, feststellen. Diesen Beobachtungen liegen folgende Vorgänge zugrunde.

Im Monat September 1942 wurde in Schweden eine organisatorische Zusammenfassung der verschiedenartigen Hilfsorganisationen und eine grössere Ausweitung der Hilfsarbeit für Norwegen vorgenommen. Einerseits wurde eine neue Organisation, "Svenska Norgehjälpen" gegründet und andererseits wurden die im Augenblick bereits vorhandenen Organisationen, die sich mit einer Hilfstätigkeit für Norwegen beschäftigen, einschließlich der neugegründeten Svenska Norgehjälpen in einem sogenannten "Donatorkomitee" zusammengefaßt.

Das wichtigste Ereignis stellt dabei die Neugründung von "Svenska Norgehjälpen" dar, da durch diese Neugründung die gesamte Propaganda wie auch die Finanzierung der Hilfstätigkeit für Norwegen eine enorme Ausweitung erfahren hat. Sie wurde vor einigen Wochen nach einem Aufruf, der von 25 Verbänden unterzeichnet war, gegründet.

Unter diesen Verbänden befinden sich an erster Stelle die schwedischen Gewerkschaften und unter den übrigen Verbänden sind besonders zu nennen, der Schwedische Sozialdemokratische Jugendverband, der Schwedische Sozialdemokratische Frauenverband und der Schwedische Industrieverband sowie der Arbeitgeberverband. Es folgen dann noch weitere 20 große Reichsorganisationen größtenteils des Berufslebens. Die politische Einstellung zu dieser Hilfsarbeit dürfte im wesentlichen durch die erstgenannten Organisationen bestimmt sein.

So ist bereits der entscheidende Einfluß der in ihrer marxistischen Einstellung bekannten schwedischen Gewerkschaften

daraus ersichtlich, daß der Leiter der Gewerkschaften August Lindberg auch Leiter von "Svenska Norgehjälpen" ist. Als Sekretär fungiert der ebenfalls in der Leitung der Gewerkschaften tätige Nils G o u d e , der erst vor kurzem in Oslo zu Verhandlungen war. In "Svenska Norgehjälpen" ist das frühere mit Hilfe der Emigrantenkreise aufgebaute Landeskomitee for Norgehjälpen aufgegangen. Durch den Einbau der schwedischen Gewerkschaften hat die Hilfstätigkeit eine enorme Verbreiterung ihrer Basis erfahren, so daß man jetzt beobachten kann, wie die mit der Zusammenfassung der verschiedenen Verbände von Anfang an verbundene antinationalsozialistische Tendenz und die Propaganda für das skandinavische Zusammengehörigkeitsgefühl eine grössere Tiefenwirkung im schwedischen Volk erfahren hat.

Das Donator-Komitee besteht aus Vertretern der 4 wichtigsten schwedischen Komitees, nämlich der "Svenska Norgehjälpen", vertreten durch Sekretär Nils G o u d e , dem "Schwedischen Roten Kreuz", dem "Verein Redda Barnen" und dem "Verein Norden". Letzterer vertritt in politischer Hinsicht skandinavistische Ziele. Das Komitee hat 4 schwedische Vertreter in Oslo, die zur schwedischen Gemeinde gehören. Als wichtigster Repräsentant, über den die meisten Verhandlungen mit deutschen Dienststellen laufen, ist der Pfarrer Axel W e e b e zu nennen, der mit einem Diplomatenpaß versehen, die ständige Verbindung mit Stockholm hält. Das Donator-Komitee hat zur Aufgabe, die Hilfstätigkeit von Schweden aus nach Norwegen zu vermitteln. Dabei sind auf norwegischer Seite die wichtigsten Verhandlungspartner die norwegische Nationalhilfe, die norwegische weibliche Sanitätsvereinigung, das norwegische Rote Kreuz und der Verein Norden.

Unter den in letzter Zeit von schwedischer Seite und im wesentlichen von Seiten der neugegründeten "Svenska Norgehjälpen" geäußerten Plänen, stehen folgende im Vordergrund: Zunächst ist eine Hilfsaktion auf dem Gebiete der Krankenhausversorgung geplant. Da von schwedischer Seite angenommen wird,

- 26 -

daß die Krankenhaus-Situation in Norwegen durch Beschlagnahmungen vonseiten der deutschen Wehrmacht und infolge einer angeblich durch die Ernährungslage verursachten schlechten Gesundheitslage der norwegischen Bevölkerung katastrophal sei, hält man es für wünschenswert, wenn von schwedischer Seite in Norwegen Krankenhäuser errichtet werden. Die Planung dieses Unternehmens geht von Svenska Norgehjälpen in Zusammenarbeit mit weiteren Hilfsaktionen aus. Man beschränkte sich zunächst darauf, ein Angebot über Lieferung eines Krankenhauses von 300 Betten zur Verwendung in Oslo zu machen. Typisch für die Arbeitsweise der Schweden ist dabei, daß dieses Angebot nicht an die oberste Gesundheitsbehörde in Norwegen, das Medizinaldirektorat gerichtet war, sondern zunächst an eine Privatperson, den Chefchirurgen einer Privatklinik Dr. Heimbeck in Oslo, dessen politische Einstellung NS-ablehnend ist. Auch an das norwegische Rote Kreuz hat man sich zunächst nicht gewandt, da man in Schweden der Ansicht ist, daß das norwegische Rote Kreuz nach verschiedenen Eingriffen von deutscher Seite unter ständiger politischer Kontrolle der NS und der Deutschen stände und daher in seiner Handlungsfreiheit nicht mehr selbständig wäre. Erst nachdem ursprünglich die Ausreisegenehmigung für Dr. Heimbeck von der hiesigen Paßstelle abgelehnt worden war und danach Dr. Heimbeck die Befürwortung des Reichskommissariates und der Dienststelle des Generalstabsarztes Dr. Mantel erlangt hatte, wurde er von der Sicherheitspolizei an das Medizinaldirektorat zwecks Stellungnahme dieser Seite zu der Angelegenheit vermittelt. Danach wurde die Ausreisegenehmigung erteilt. Von seiner Reise zurückgekehrt, führte dann Dr. Heimbeck zusammen mit dem Pfarrer Axel Weebe die weiteren Verhandlungen durch. Es stellte sich heraus, daß das von Svenska Norgehjälpen geplante Unternehmen in der Weise beabsichtigt war, daß man das in Oslo zu errichtende Krankenhaus von der schwedischen Gemeinde mit schwedischen Ärzten und Personal für die Osloer Bevölkerung betreiben haben wollte. Erst unter Hinweis von deutscher Seite, daß die Verwirklichung eines derartigen Planes nur über das norwegische Rote Kreuz und hier am besten in der Form einer Geschenkgabe vonseiten des schwedischen Roten Kreuzes an das

norwegische Rote Kreuz erfolgen könne, wurden die Rote Kreuz-Organisationen beider Länder zu den Verhandlungen eingeschaltet. Die Beteiligung bleibt aber im wesentlichen formell, da die Verhandlungen auch weiterhin über das Donator-Komitee laufen. So war vor ungefähr 14 Tagen der Sekretär des Donator-Komitees Nils Goude zu Besprechungen u.a. auch dieses Projektes in Oslo. Waren die Schweden zu Beginn der Verhandlungen bereit auf den von deutscher Seite gemachten Vorschlag einzugehen, so haben sie später die Verhandlungen verschleppt, um damit indirekt gestellte politische Bedingungen erfüllt zu haben. Aus diesem Verhalten läßt sich beobachten, daß es den Schweden bei ihren karitativen Unternehmen auch darauf ankommt, die politische Abwehrfront gegenüber der NS hier in Norwegen zu unterstützen. So erklärte beispielsweise der Sekretär Nils Goude, als er Verhandlungen mit norwegischen Organisationen, u.a. auch mit der norwegischen weiblichen Sanitätsvereinigung führte und von dieser Seite darauf hingewiesen wurde, daß eine Beteiligung an der schwedischen Hilfsarbeit für die weibliche Sanitätsvereinigung nicht in Frage käme, solange nicht die während des Ausnahmezustandes in Drontheim verfügbaren Absetzungen führender Persönlichkeiten des weiblichen Sanitätsvereins in Drontheim und den angrenzenden Bezirken zurückgezogen würden, daß er die weiteren Verhandlungen bis zur Wiederaufhebung dieses Beschlusses aufschieben wolle. Weiterhin erklärte der Präsident Heyerdahl mehrmalig, daß von schwedischer Seite ausgeführt worden sei, die Lieferung des Krankenhauses von 300 Betten käme für die Schweden selbstverständlich nur dann in Frage, wenn der zwischenzeitlich vom Innendepartement erlassene Beschluß der Inanspruchnahme der Roten Kreuz-Klinik in Oslo zurückgenommen würde. Eine Verwirklichung des Planes sei auch dann nur möglich, wenn man vor derartigen Beschlüssen in Zukunft sicher sei. Zu diesem Vorgang wird vonseiten des Medizinaldirektorates und der amtlichen Personen, die an der Beschlußfassung der Beschlagnahme beteiligt sind, erklärt, daß, wenn es den Schweden tatsächlich auf eine "humanitäre Hilfe" ankäme, wie es in ihren Aufrufen in Schweden ständig heißt, ihnen eine derartige aus sozialen Gründen getroffene Beschlußfassung wie die Inanspruchnahme einer Klinik

- 28 -

für eine krankenhaushemässig gesehen schlecht versorgte Gemeinde gleichgültig sein müsse. Im Gegenteil, man könne sagen, daß dieser Entschluß ganz auf ihrer Linie, nämlich einer ausreichenden Sicherstellung der Krankenhausversorgung für die norwegische Bevölkerung liegen müsse. Wenn jetzt gesagt würde, daß diese Geschenkgabe über das schwedische Rote Kreuz an das norwegische Rote Kreuz liefe und damit den Charakter einer internationalen Hilfsarbeit angenommen habe, so könne man nur auf die bisherige ausgesprochen NS-feindliche Haltung des norwegischen Roten Kreuzes und auf die zahlreichen Vorgänge, die in letzter Zeit dort liefen, hinweisen, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Internationalität nur immer als Deckmantel für politische Machenschaften genommen würde.

2  
Neben diesem Plan laufen Verhandlungen über weitere Unternehmungen. So wurde bereits im August ds. Js. von Vertretern des schwedischen Roten Kreuzes, dem Vizepräsidenten Huldkrantz und dem Generalsekretär Stjernsted, über die Frage der Kinderverschickung nach Schweden mit deutschen Dienststellen u. a. mit dem Generalobersten v. Falkenhorst und mit der norwegischen Nationalhilfe verhandelt. In der gleichen Frage fand auch eine Besprechung mit Ministerpräsident Quisling statt. Die Verhandlungen ergaben kein endgültiges Ergebnis. Von norwegischer Seite wurde erklärt, daß man über das Angebot sehr erfreut wäre, im Augenblick aber keine Veranlassung sähe, eine derartige Hilfsaktion für norwegische Kinder durchführen zu müssen. Eine endgültige Entscheidung wurde nicht gegeben und die Angelegenheit auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Neben dieser Kinderverschickung laufen gleichzeitig Pläne über Kinderspeisungen. Eine Aktion der Speisung von 300 Kindern ist bereits in Oslo durch den obengenannten Pfarrer Axel Weebe in Gang gesetzt worden. Das Unternehmen steht in Verbindung mit der schwedischen Organisation "Redda Barnen". Auch die Durchführung dieses Vorhabens läuft über das Donatorkomitee. Der norwegische Partner ist in diesen Falle die schwedische Gemeinde. Die Speisungen finden in einer schwedischen Kirche in Oslo statt.

Wie der Sekretär Nils Goude nach einer Darstellung, die die Zeitung "Sozialdemokraten" am 30.10.1942 brachte, bei seinem Aufenthalt in Oslo feststellte, "erwartet das norwegische Volk, daß wir in Schweden alles tun was wir nur können, um baldige Hilfe zu bringen." Nach seinen Angaben soll jeder Norweger durchschnittlich 10 - 20% an Gewicht abgenommen haben. Lebensmittel wie Butter und Fleisch hätte man seit vielen Monaten nicht mehr gesehen. Tran gäbe es überhaupt nicht mehr. Sofortige Hilfe sei notwendig. Durch die 4 Mitglieder des Donator-Komitees in Oslo, die alle schwedische Staatsbürger seien, habe man die Möglichkeit auf "sichere Art und Weise" zu vermitteln.

Auch der Londoner Rundfunk hat sich in der letzten Zeit wieder verschiedentlich mit der schwedischen Hilfsarbeit beschäftigt. So brachte er beispielsweise am 22.10.1942 einen Bericht über eine Veranstaltung von "Stockholms Arbeiterkommune" zugunsten der Hilfe für Norwegen. Nach der Darstellung des Londoner Rundfunks erklärte bei dieser Veranstaltung der Advokat Georg Branting in einem Vortrag, daß die norwegische Rechtsordnung vernichtet und mit nazistischer Anarchie und blutigem Terror ersetzt worden sei. Man müsse sich dieses Drama tief einprägen, damit man sich keinen Illusionen hingäbe, daß die eigenen Gesetze und die eigene Freiheit respektiert werden würde, wenn man in eine ähnliche Lage geraten sollte. Man müsse seine Solidarität mit dem kämpfenden Norwegen erklären. Man könne hier im Norden eine moralische zweite Front zur Verteidigung nordischer Auffassungen von Recht und Gesetz errichten. Ähnliche hetzerische Ausführungen soll der Hauptschriftleiter Rikard Lindström gemacht haben.

### c) Kulturelle Gebiete.

#### Wissenschaft und Hochschule.

An der Technischen Hochschule Drontheim, die von Zeit zu Zeit immer wieder mit aktiven feindlichen Handlungen hervortritt, wurde wegen besonders gefährlicher illegaler Betätigung einer grösseren Gruppe von Studenten eine umfassende Aktion durchgeführt. Dabei wurde weiteres außerordentlich belastendes Material vorgefunden. Die laufenden Ermittlungen sowie die Auswertung des angefundnen Materials sind z.Zt. noch nicht abgeschlossen. Eine grössere Anzahl von Studenten wurden vorläufig in Haft genommen.

#### Schule und Erziehung.

In der Gesamtlage auf dem Gebiet der Schule und Erziehung sind Veränderungen von wesentlicher Bedeutung nicht eingetreten.

Die Erfahrungen aus dem Verlauf der Lehrerkrise haben u.a. gelehrt, daß eine bessere behördliche Übersicht über das Personal der einzelnen Lehranstalten besonders wünschenswert erscheint. In diesem Zusammenhang ist die bereits in einzelnen Teilen des Landes durchgeführte Verkleinerung der Amtsbezirke der staatlichen Schuldirektorate sehr zu begrüßen.

Im Drontheimer Bezirk wurde in engster Zusammenarbeit mit der Dienststelle des Kommandeurs der Sipo und des SD gelegentlich des zivilen Ausnahmezustandes die politische Entwicklung auf dem Gebiete des Schulwesens insofern weitergetrieben, als eine kleinere Gruppe bekannter Gegner in schulpolitisch wichtigen Stellen durch positive Kräfte ersetzt worden ist.

Hinsichtlich des Widerstandes an den Schulen des Landes im allgemeinen ist zu berichten, dass verschiedentlich seitens der Schülerschaft neuerlich in verstärktem Maße ein negatives politisches Verhalten an den Tag gelegt wird. Aus Stavanger werden in dieser Verbindung folgende Vorfälle berichtet:

Beim Einsammeln von Heften in einer Mädchenklasse des Kongsgaard-Gymnasiums fasste die damit beauftragte Schülerin das Heft der NS-Angehörigen Östbø mit spitzen Fingern an



und wusch sich, nachdem sie das Heft demonstrativ durch das Klassenzimmer getragen hatte, die Hände. Auf eine entsprechende Frage, die seitens des Lehrers Ekrheim an das betreffende Mädchen gerichtet wurde, antwortete diese: "Ich wasche mir das Naziblut von den Fingern." Der Lehrer Ekrheim nahm zu diesen Dingen keinerlei Stellung.

Wegen dieses Verhaltens wurde der Lehrer festgenommen und der Ausschluss der betreffenden Schülerin von jedem weiteren Schulbesuch veranlasst.

Der Lehrer Hoel am vorerwähnten Kongsgaard-Gymnasium fragte die Schülerin Falk aus irgend einem Anlass, ob sie nicht mehr in ihrem Hause von Hillevaag wohne. (Das betreffende Haus wurde vor einiger Zeit von der Luftwaffe beschlagnahmt und dient den Luftpnachrichtenhelferinnen als Unterkunft.) Bevor das gefragte Mädchen antworten konnte, rief die Schülerin Ulfsjöo dazwischen: "Nein, das Haus ist jetzt voll von deutschen Huren." Im Verlauf der daraufhin in der Klasse entstehenden Diskussion wurde schliesslich die Ulfsjöo von einer NS-Schülerin aufgefordert, die Beleidigung gegen die deutschen Mädchen zurückzunehmen. Erst jetzt schaltete sich der Lehrer Hoel, der bis dahin teilnahmslos geblieben war, ein und verbot jedes weitere Wort in dieser Angelegenheit. Praktisch griff er damit zugunsten der Ulfsjöo ein.

Wegen dieses Verhaltens wurde der Lehrer festgenommen und der Ausschluss der betr. Schülerin von jedem weiteren Schulbesuch veranlasst.

Ausserordentlich feindlich ist auch das Verhalten der Schüler an der St. Svithun-Schule in Stavanger. Die Anstalt ist bis vor einiger Zeit von dem fanatischen Sektierer (Quäker) und Vorsitzenden der norwegischen Sektion des "Weltbundes für den internationalen Frieden", Rektor Olden, geleitet worden. Unter diesen Umständen erscheint es völlig unverständlich, weshalb ausgerechnet an dieser stark belasteten Schule seitens des Departements für Kirche und Unterricht der aus politischen Gründen untragbar gewordene ehemalige Rektor der Kathedralschule in Drontheim eingesetzt worden ist. Zumindesten in leitender Stellung muss

jede weitere Verwendung des Överaas im Schuldienst unerwünscht erscheinen.

Aus Drontheim wird berichtet, dass sich nach dem Bekanntwerden des Unglücks, bei dem Minister Lunde und Frau ums Leben kamen, an der Ulvestad-Handelsschule in Aalesund folgender Vorfall ereignete:

An der Tafel eines Schulsaales wurde eine Fähre mit dem Anlegesteg und darauf ein Auto aufgezeichnet. Unter diese Darstellung wurden die Worte gesetzt: "Es ist vollbracht". Fast die gesamten Schüler machten sich über diese Zeichnung lustig. Die hinsichtlich dieses Vorfalles eingeleiteten Ermittlungen führten zur Feststellung des Täters, des Schülers Kjell Ertresvaag aus Aalesund. Der fragliche Schüler wurde in Haft genommen und nach Oslo überstellt. Des weiteren wurde die Klasse zunächst geschlossen. In der Zwischenzeit ist die Religierung sämtlicher Schüler dieser Klasse als Massnahme eingeleitet worden. Von dem Ausgang weiterer Ermittlungen in dieser Sache hängt es ab, ob nicht zusätzlich noch die Eltern dieser Schüler mit entsprechenden Geldstrafen belegt werden und auch der Leiter der fraglichen Anstalt zur Rechenschaft gezogen wird.

Hinsichtlich der aus Kirkenes zurückgekehrten Lehrer wird aus den einzelnen Landesteilen berichtet, dass sie sich durchweg während des Dienstes korrekt aufführen. Dieses gilt im grossen und ganzen auch in Bezug auf ihr Verhalten gegenüber den NS-Lehrern an der Schule. Ausserhalb des Dienstes jedoch tritt mehr als bisher das Bestreben in Erscheinung, sich von einem Umgang mit der NS sorgfältig zu isolieren.

Im Zusammenhang mit der Rückkehr der Kirkeneser Lehrer sind verschiedentlich Meldungen darüber eingelaufen, dass ihnen seitens der Bevölkerung, der Kollegen oder ihrer Schüler besondere Kundgebungen bereitet worden seien. Diese Meldungen haben bei Nachprüfung sich mehrfach nicht als stichhaltig oder zumindestens als stark übertrieben herausgestellt. Nachgewiesen sind bisher folgende Einzelfälle:

Im Bezirk Larvik, wo 6 aus Kirkenes entlassene Lehrer eingetroffen sind, wurde dem Lehrer Vefald seitens eines örtlichen

Vereines, dessen Leiter er ist, eine Blumenspende überreicht. Im Rahmen des ersten Vereinsabends fand in den besonders ausgeschmückten Räumen eine Wiederbegrüßung statt.

In Kristiansand trafen nach der Entlassung aus Kirkenes der ehemalige Rektor der Kathedralschule, Varen, und die Lektoren H a g e l i und V o g t ein. In Verbindung mit dieser Rückkehr fanden eine Reihe von Zusammenkünften und Besprechungen in der Wohnung von Varen sowie verschiedener Lehrer statt, die u.a. die Wiedereinsetzung des ehemaligen Rektors zum Ziele hatten. Es wurde ein Schreiben an den Ordfører von Kristiansand gerichtet, das sämtliche Lehrer der Kathedralschule unterzeichneten. Es wird darin von unhaltbaren Zuständen an der Schule gesprochen, die die Wiedereinsetzung des bisherigen Rektors dringlich erforderten. Einer der Hauptträger dieser Aktion war der Lektor Markusen, der das fragliche Schreiben ausfertigte und es in den Pausen den einzelnen Lehrern zur Unterschrift vorlegte. Zum gegebenen Sachverhalt ist weiter zu bemerken, dass der jetzige Rektor, H a g e n, (NS-Mitglied) an dieser in politischer Hinsicht sehr schwierigen Schule bereits gute Arbeit geleistet hat, den gegnerischen Lehrern der Anstalt jedoch dabei sehr unbequem ist.

Bei seiner sicherheitspolizeilichen Befragung erklärte Lektor Markusen u.a., dass er den Erlass des Unterrichtsdepartements vom 28.4.1942 bezüglich der Mitgliedschaft im Lehrerbund kenne, sich jedoch nicht als diesem Verband zugehörig betrachte. Wegen der oben geschilderten Aktion wurde Markusen, der aufgrund einer Lähmung des linken Armes nicht für ein Arbeitslager verwendungsfähig ist, auf die Dauer von 4 Wochen in Haft genommen, während die übrigen 23 Lehrer eine Verwarnung erhielten.

Die Ernennung von "Lagförrern" (Ortsgruppenleitern) des norwegischen Lehrerbundes zur Durchführung des organisatorischen Ausbaues des betreffenden Verbandes nimmt in den meisten Fylken ihren Fortgang. In Ergänzung der Ausführungen in den letzten "Meldungen aus Norwegen" über die vielfache Ablehnung angetragener Vertrauensstellungen im Lehrerbund werden nachstehend einige der typischsten Absagen, wie sie nach einem Bericht der Dienststelle des Kommandeurs Stavanger erteilt worden sind, wiedergegeben:

Lehrer Svein K v a m aus Kristiansand schrieb u.a., dass der Norwegische Lehrerbund nicht zum Vorteil der Schule und der Lehrer gewesen sei und dass er darin einen Grund sehe, seine Mitwirkung im Lehrerbund zu versagen.

Lehrerin Aksli N j ö l s t a d aus Sandnes führt an, dass sie kein Mitglied der NS sei und darum auch keinen Vertrauensposten in der Partei übernehmen könne. Ausserdem gebe es in Sandnes niemanden, der Mitglied des Lehrerbundes wäre, weshalb dort auch kein "Lagfører" erforderlich sei.

Lehrer Jakob R i s n e s aus Flekkefjord begnügt sich mit der einfachen Erklärung, dass er keinen Vertrauensposten übernehmen könne und bittet deshalb, ihn nicht als "Lagfører" zu betrachten.

In einer überaus grossen Anzahl von Fällen wird die Übernahme einer Vertrauensstellung im Lehrerbund entweder mit der Begründung abgelehnt, dass man sich nicht zur Leistung irgendwelcher politischen Arbeit in der Lage sehe oder dass irgendwelche besonderen Aufgaben mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand nicht zusätzlich erfüllt werden könnten.

Die Tätigkeit des Lehrerbundes erstreckt sich imübrigen nach den vorliegenden Anhalten vorwiegend auf die Erstellung einer Personalkartei über die Lehrerschaft. Besondere Arbeitsanweisungen seitens der Landesleitung hinsichtlich der sonstigen Geschäfte des Lehrerbundes sind z.Zt. noch nicht ergangen. Sein Bestehen beweist der Lehrerbund im wesentlichen lediglich mit der Herausgabe der obligaten Fachzeitschrift "Den Norske Skole" (Die norwegische Schule). Das Erscheinen dieser Hefte wird jedoch von der grossen Mehrheit der Lehrerschaft nicht einmal zur Kenntnis genommen. Die einzelnen Nummern kommen meist stossweise in den Schulen an, werden dort im Lehrerzimmer aufgestapelt und von seiten der negativ eingestellten Lehrerschaft achtet man dann sorgfältig darauf, dass niemand sich um diese Blätter kümmert.

F i l m.

Nennenswerte Neuerscheinungen waren im Filmprogramm der vergangenen Berichtszeit nicht zu verzeichnen. Von den gegenwärtig in Oslo gespielten deutschen Filmen sind besonders erfolgreich "Was geschah in dieser Nacht" und "Herzensfreud - Herzensleid", die als Filme der leichten Unterhaltung mit Spannung und heiterer Note dem Publikumsgeschmack sehr entgegenkommen. Bei dem Film "Herzensfreud - Herzensleid" (norwegischer Titel: "Toni fra Wien") trägt noch besonders die teilweise im Wiener Milieu mit Heurigenstimmung spielende Handlung zum Erfolg bei. Eine ähnliche Wirkung konnte kürzlich bei dem Film "Wiener Blut" festgestellt werden. Jedoch ist das Wiener Thema nicht immer in gleichem Masse zugkräftig. Dies zeigt z.B. der verhältnismässig schwache Besuch des Filmes "Brüderlein fein" (norwegischer Titel "Therese Krones"); in dessen Mittelpunkt die Gestalt des Wiener Schauspielers und Dichters Raimund steht. Hier ist das Thema des Films für den norwegischen Publikumsgeschmack zu ernst und zu gefühlvoll behandelt.

In Stavanger hatte von den deutschen Filmen das Lustspiel "Herz modern möbliert" trotz schlechter Zeitungskritik zahlenmässig den grössten Publikumserfolg. Ferner wurde der Film "Zwischen Hamburg und Haiti" sowohl vom Publikum als auch von der Presse aussergewöhnlich gut aufgenommen. Hier fanden besonders die exotischen Szenen und die Milieuschilderungen des Hamburger Vergnügungsviertels besondere Beachtung, wobei man allerdings verschiedentlich seine Verwunderung darüber ausdrückte, dass es dem Film zufolge also auch noch jetzt in Deutschland bezahlte Amüsierdamen gebe, was man eigentlich nur den südamerikanischen Ländern und Frankreich zuschreibe. Bemerkenswert ist auch, dass in Stavanger der französische Film "Spannende timer" (Originaltitel "Le Deserteur") relativ die höchste Besucherzahl aller im September gespielten Filme - einschliesslich der skandinavischen - hatte. Auch aus Berichten von anderen Orten dieses Bereiches geht immer wieder hervor, dass die Eigenart des Milieus in französischen Gegenwartsfilmen auf den norwegischen Kinobesucher anziehend wirkt, ohne dass dies von dem Einzelnen mit konkreten Hinweisen motiviert werden kann.

Bei der z.Zt. in Oslo laufenden Ufa-Auslandswochenschau(Nr.528)

wirkten gut die Bilder vom Freikorps Danmark, das nach einem 4-wöchigen Urlaub von Kopenhagen wieder an die Front fuhr. Bilder vom deutschen Arbeitsdienst bzw. vom Arbeitsdienst anderer Länder werden vom Publikum stets mit Interesse und Anerkennung aufgenommen. Dies zeigte sich jetzt auch bei den Aufnahmen vom Besuch des Reichsarbeitsführers Hierl in Rumänien. Von einem norwegischen Filmbesucher, der Gelegenheit hatte, die erwähnte Wochenschau in zwei verschiedenen Osloer Kinos zu sehen, wurde es als nachteilig kritisiert, dass es offenbar zwei verschiedene norwegische Textbesprechungen dieser Wochenschau gebe, von denen die eine bei gewissen Bildstreifen wesentlich dürftiger gehalten sei und daher die Bilder nur unzureichend erkläre. Besonders auffällig sei dies bei den Aufnahmen vom Dichtertreffen in Weimar gewesen, wo eine Reihe von Grossaufnahmen einiger bekannter deutscher und ausländischer Teilnehmer gezeigt wurde (u.a. von Hans Johst und dem norwegischen Dichter Karl Holter), ohne dass bei der einen Fassung die Namen dieser Teilnehmer genannt wurden. Der Kinobesuch weist namentlich in Oslo schon seit längerer Zeit Rekordzahlen auf. Beispielsweise betragen die Kasseneinnahmen eines Kinos, das den neuen norwegischen Film "Det er ikke til aa tro" spielte, an einem der letzten Sonntage allein über 15 000 Kr. Dies erklärt sich z. T. daraus, dass ausser den drei üblichen Vorstellungen noch zwei Matinévorstellungen (um 1 Uhr und 3 Uhr) gegeben wurden. Ähnliche zusätzliche Matinévorstellungen am Sonntagabend bzw. Sonntag werden nun auch für die zwei Osloer Kinos mit deutschen Filmen eingeführt.

Vorübergehende Kinoschliessungen erfolgten in Molde und Svolvær. In Molde war es durch die Schuld der Kinolötung zu Unregelmässigkeiten beim Kartenverkauf an deutsche Soldaten und Norweger gekommen, was bei einer Vorstellung zu Demonstrationen seitens der Norweger, deren Plätze von deutschen Soldaten besetzt waren, führte. Aus diesem Grund wurde das Kino vom 7.10. bis 21.10.42 unter Verwarnung des verantwortlichen Geschäftsführers geschlossen. In Svolvær wurde der Kinobesuch für Norweger auf die Dauer von 10 Tagen gesperrt, weil ein im dortigen Kino angebrachtes NS-Plakat von unbekanntem Tätern derart übermalt und verändert wurde, dass es einen deutschfeindlichen Sinn erhielt. Fälle von Kinostreiks wurden in der letzten Zeit nicht berichtet.

### Theater.

Auf Grund der allgemeinen schwierigen Brennstofflage ist die Aufrechterhaltung der Osloer Theaterbetriebe während der kommenden Winterspielzeit ernstlich in Frage gestellt. Falls die hierfür zur Verfügung stehende Brennstoffmenge nicht zur Beheizung aller Osloer Theater ausreicht, werden voraussichtlich doch zumindest für das Nationaltheater aus Prestigegründen die notwendigen Heizvorräte beschafft werden. Da das Nationaltheater infolge der Grösse seines Gebäudes schätzungsweise etwa doppelt so viel Heizmaterial braucht, wie die anderen Osloer Theater zusammen, wird eine solche Regelung von theaterinteressierten, jedoch nicht der NS nahestehenden Kreisen diskussionsweise schon jetzt abgelehnt, zumal die grosse Masse des Osloer Theaterpublikums sich immer noch vom Besuch des Nationaltheaters fernhalte. Tatsächlich hat sich gezeigt, dass auch die vor einiger Zeit erfolgte Haftentlassung eines der drei ehemaligen Vorstandsmitglieder des Nationaltheaters (Harald G r i e g ) keinen wesentlichen Einfluss auf den Boykott des Nationaltheaters ausüben konnte. Nach Kenntnis der Verhältnisse kann schon jetzt gesagt werden, dass selbst im Falle eine Haftentlassung der beiden anderen Vorstandsmitglieder (Prof. Francis B u l l und J. S e j e r - s t e d - B ö d t k e r ) nicht ein Ende des Besucherboykotts zu erwarten ist. Es besteht dann immer noch der von der gegnerischen Flugblattpropaganda stets angeführte zweite Boykottgrund, nämlich die Tatsache, dass ein NS-Mann ( B e r g - J ä g e r ) Theaterchef des Nationaltheaters ist.

In diesem Zusammenhang ist gerade jetzt die Frage, ob die Einsetzung eines NS-Mitgliedes als Theaterchef einen Besucherboykott des betreffenden Theaters mit sich führen kann, besonders aktuell geworden, da zwei Theaterleiterposten wegen Todes bzw. Landesflucht des betreffenden Theaterchefs neu zu besetzen waren.

Im ersten Fall, beim Drontheimer Theater, ist noch keine endgültige Regelung getroffen worden. Nach der während des Aus-

nahmezustandes in Drontheim Anfang Oktober erfolgten Erschiessung des Theaterchefs Henry G l e d i t s c h wurde der Bergener Schauspieler Karl B e r g m a n n (nicht NS-Mitglied) mit der vorläufigen Leitung des Trøndelag-Theaters beauftragt. Es ist jedoch für später an die Besetzung dieses Postens mit einem NS-Mitglied gedacht worden, wobei der Schauspieler Einar T v e i t o oder der im Staatlichen Theaterdirektorat als journalistischer Mitarbeiter tätige J. B a r c l a y - N i t t e r zur Erwägung stehen. Im zweiten Fall, beim Norske Teater, ist bereits an Stelle des Ende Oktober geflohenen Theaterchefs Knut H e r g e l ein NS-Mitglied, die Schauspielerin Cally M o n r a d , eingesetzt worden. Cally Monrad war früher eine sehr prominente Schauspielerin und Opersängerin und hat sich auch literarisch betätigt. Von ihrer letzten Tätigkeit als praktische Leiterin der Staatlichen Theaterschule wurde sie mit Rücksicht auf ihr neues Amt auf ein Jahr beurlaubt.

Die Erschiessung des Theaterchefs G l e d i t s c h hat über die Theaterkreise hinaus außerordentliches Aufsehen erregt, da Gleditsch nicht nur in Drontheim bei den Schauspielern und beim Publikum eine bekannte und allgemein geschätzte Persönlichkeit war und man eine stärkere politische Betätigung bei ihm für ausgeschlossen hält. Zur Wiedereröffnung des Drontheimer Theaters nach den Ausnahmezustand am 20.10.1942 wurde Henrik Ibsens "Wildente" aufgeführt. Hierzu erschien eine Anzahl von Frauen in schwarzen Kleidern mit großen schwarzen Kreuzen. Die Männer trugen teilweise Smoking, was beim Drontheimer Theaterbesuch seit Jahren nicht mehr üblich gewesen ist. Nach der Vorstellung, wie schon nach den einzelnen Akten, enthielt sich das Publikum jeglichen Beifalls. Am Ende der Vorstellung blieben die Zuschauer zunächst sitzen, erhoben sich dann, verharrten eine Weile schweigend, und verliessen dann ruhig das Theater. Wie gerüchteweise erzählt wird, ist für die Frau von Henry Gleditsch, die ebenfalls am Drontheimer Theater als Schauspielerin tätige Synnöve Gleditsch, bereits eine



Geldsamlung durchgeführt worden, die in kurzer Zeit über 10 000.- Kronen eingebracht haben soll. Hieran scheinen sich auch Osloer Theater- und Schauspielerkreise maßgeblich beteiligt zu haben, da von verschiedenen Seiten erzählt wird, daß z.B. der Direktor des "Chat noir"-Theaters, Wiers-Jensen, allein 2 000.- Kr. und andere Schauspieler (z.B. Einar Sissener) und Theaterleute (Carlmar von Nye Teater) ebenfalls erhebliche Beträge gestiftet haben sollen.

Von den diesen Kreisen nahestehenden Personen wird die Sammlung als ein Akt selbstverständlicher menschlicher Hilfsbereitschaft hingestellt, zumal mit der Erschiessung des Theaterchefs Gleditsch auch die Einziehung seines Vermögens verbunden war. Hierbei wurde aber außer Acht gelassen, daß Frau Gleditsch als Schauspielerin des Drontheimer Theaters selbst ein ausreichendes Gehalt bezieht, das ihr auch für die nächste Zeit ihrer vorläufigen Beurlaubung ausbezahlt wird.

Gegen Ende des Monats Oktober sind der Chef des Norske Teaters, Knut H e r g e l , sowie der als freier Instrukteur an Nye Teater in Oslo tätige Hans Jacob N i l s e n landesflüchtig geworden. Beide Personen waren als ausgesprochene Jössinger bekannt. Es wird allgemein angenommen, daß die Erschiessung des Theaterdirektors Gleditsch, die gerade in Theaterkreisen außerordentlich stark gewirkt hat, zweifellos der Anlaß zu der Flucht der beiden genannten Personen gewesen ist, da sie befürchtet hatten, bei einem vielleicht zu erwartenden Ausnahmezustand für Oslo das gleiche Schicksal wie Gleditsch zu erleiden.

Rundfunk.

Unmittelbar nach dem Ableben von Minister Dr. Lunde wurden von dem kommissarischen Leiter des norwegischen Rundfunks, Professor Skarphagen, wichtige personelle Veränderungen im norwegischen Rundfunk vorgenommen, ohne die deutsche Rundfunkleitung hiervon vorher in Kenntnis zu setzen. Mit Wirkung vom 28.10.1942 wurden der Musikprogrammchef Sylou-Creutz und der Verwaltungschef Hoel fristlos entlassen. Mit der Entlassung von Sylou-Creutz ist man zwar auch deutscherseits grundsätzlich einverstanden, da sie schon seit langem wegen der unzureichenden künstlerischen und menschlichen Eigenschaften des Genannten in Erwägung gezogen war. Jedoch war das Ausscheiden von Sylou-Creutz aus dem Rundfunk in anderer Form, zumindest nicht als fristlose Entlassung gedacht, da sich Sylou-Creutz durch seine Mitarbeit am deutschen Kurzwellensender immerhin einige Verdienste erworben hatte. Die fristlose Entlassung wurde daher auf deutsche Veranlassung in eine vorläufige Beurlaubung umgewandelt. Von Seiten Skarphagens wurde als Grund für die fristlosen Entlassungen u.a. angeführt, daß sich Sylou-Creutz nach dem Bekanntwerden des Todes von Minister Lunde abfällig über diesen geäußert habe und daß sowohl Sylou-Creutz wie Hoel an der von Eyvind Mehle einberufenen Sondergedenkfeier für Minister Lunde im Rundfunk nicht erschienen waren. Bezüglich der Entlassung von Hoel führte Skarphagen noch an, daß eine Zusammenarbeit mit Hoel in der letzten Zeit immer schwieriger geworden wäre, wobei sich überhaupt in der Arbeit des Rundfunks allmählich zwei gegeneinander arbeitende Gruppen (einerseits Sylou-Creutz, Hoel und Gytfeldt, andererseits Skarphagen und Mehle) herausgebildet hätten.

Anstelle von Hoel wurde der schon früher im Rundfunk als Verwaltungschef tätige Karl Bötcker, der sich nach seiner damaligen vorübergehenden Verhaftung wieder bei der Partei

- 41 -

rehabilitiert haben soll, eingesetzt. Ein Nachfolger für Sylou-Creutz wurde noch nicht bestimmt. Eine weitere bemerkenswerte personelle Neuordnung besteht darin, daß der bisher nur für die Wortredaktion verantwortliche Eyvind Mehle nun zum "Programmchef" ernannt wurde. Der Sinn des neuen Titels besteht darin, daß der Programmchef sowohl für die Wort- wie die Musikredaktion die übergeordnete verantwortliche Leitung hat und - was besonders bemerkenswert ist - im Falle der Abwesenheit des kommissarischen Leiters des norwegischen Rundfunks - diesen vertritt.

Es kann schon jetzt gesagt werden, daß die erwähnte Neu-  
regelung besonders im Hinblick auf die erweiterten Vollmachten von Eyvind Mehle kaum die erstrebte ruhigere Entwicklung im Betrieb des norwegischen Rundfunks garantieren dürfte.

P r e s s e

Die Umwandlung des früher selbständigen Organs für die öffentlichen Bekanntmachungen in eine Beilage von "Fritt Volk", über die in Nr. 46 der "Meldungen aus Norwegen" berichtet wurde, hat innerhalb der Pressekreise und darüber hinaus eine Reaktion ausgelöst, die diese Massnahme zu einem "öffentlichen Skandal" stempeln will.

Als Organ für die öffentlichen Bekanntmachungen erschien früher das "Norsk Lysingsblad", als dessen Auflage zuletzt 9.200 bis 9.500 Exemplare angegeben wurden. Etwa die Hälfte der Auflage wurde den öffentlichen Dienststellen und Beamten kostenlos zugestellt, während das Unternehmen finanziell durch eine Reihe von zahlenden Abonnenten (Institutionen, Rechtsanwälten und Angehörigen anderer Berufe) getragen wurde und ohne Zuschüsse arbeitete. Der Abonnementspreis betrug 10.-- Kr. für das Jahr. Auf Grund eines Gesetzes vom 16.4.42 wurde das Blatt eingestellt und durch eine Beilage des "Fritt Volk" unter dem Titel "Offentlige Kunngjöringer" abgelöst.

In der äusserst heftigen Kritik gegen diese Neuregelung spielen folgende Punkte eine Rolle: das Blatt erscheint jetzt in der Gesamtauflagenhöhe des "Fritt Volk", also in etwa 34.000 Exemplaren. Damit werden täglich 24.000 - 25.000 Exemplare über den eigentlichen Bedarf hinaus gedruckt. Um das Organ für die öffentlichen Bekanntmachungen zu erhalten, müssen jetzt sämtliche Dienststellen und Beamten die Zeitung "Fritt Volk" beziehen, deren Abonnementspreis für das Jahr 30.-- Kr. beträgt. Diesen werde damit durch die Neuregelung eine Gesamtausgabe von 135.000.-- Kr. an "Fritt Volk" aufgezwungen, eine Summe, die somit auf Umwegen vom Staat an "Fritt Volk" für einen Dienst bezahlt werde, der dem Staat früher kostenlos geleistet wurde. Für die Angehörigen der Berufe, von denen das Blatt früher gegen Bezahlung gehalten wurde, sei der Abonnementspreis von

- 43 -

10.-- Kr. auf 30.-- Kr. jährlich gestiegen. Überschlagsmässig könne berechnet werden, dass durch die überzähligen 24.000 - 35.000 Exemplare der "Offentlige Kunngjöringer" eine zusätzliche Papiermenge von etwa 150 t erforderlich sei. In Pressekreisen wird auf das schärfste kritisiert, dass eine solche Massnahme gerade in einer Zeit durchgeführt werde, da den Zeitungen eine ausserordentliche weitgehende Einschränkung ihres Papierverbrauchs auferlegt werde.

Um einen Begriff von dem Umfang der kritisierten "Papierverschwendungen" zu geben, wird folgende Rechnung aufgestellt:

Der Jahresverbrauch des "Morgenbladet" betrage 108 t Papier. "Norsk Handels- og Sjøfartstidende" habe einen Jahresverbrauch von 38,4 t. Das bedeute, dass die in Form der überzähligen Exemplare der "Offentlige Kunngjöringer" vergeudete Papiermenge grösser sei, als der gesamte Jahresverbrauch dieser beiden Osloer Tageszeitungen zusammen.

Eine weitere ernste Folge habe die Neuregelung in Bezug auf die Anzeigenpreise gehabt. Während die Anzeigen in "Norsk Lysingsblad" nach Zeilen, und zwar mit 40 Öre und 35 Öre berechnet wurden, rechne "Offentlige Kunngjöringer" nach Millimetern, und zwar würden 25 Öre je mm für staatliche und 30 Öre je mm für andere Anzeigen erhoben. Hinzu komme, dass "Fritt Folk" die gewöhnliche Breite einer Zeitungsspalte benutze, während die Spaltenbreite im früheren "Lysingsblad" um 38 v.H. breiter gewesen sei.

Hierdurch sei erreicht worden, dass der Anzeigenpreis jetzt  $3/2$  und 4-mal grösser sei, als früher. Diese Mehrausgabe müsse einerseits vom Staat und andererseits vom weiteren Publikum für Bekanntmachungen bezahlt werden, zu deren Veröffentlichung man zwecks Erlangung der Rechtsgültigkeit gesetzlich gezwungen

sei, was also praktisch auf eine zusätzliche Besteuerung hinauslaufe.

In den Diskussionen über diese Frage wird gewöhnlich angeführt, dass der beträchtliche Überschuss, der sich aus diesen Anzeigen ergäbe, zwischen "Fritt Folk" und NTB zu gleichen Teilen aufgeteilt würde. Es sei leicht einzusehen, dass diese grossen Sondereinnahmen durch a) das Zwangsabonnement und die übrigen notwendigen Abonnements sowie b) die Einnahmen auf Grund der gewaltigen Preiserhöhung der wirkliche Grund dafür seien, dass "Norsk Lysingsblad" eingestellt wurde und als Beilage von "Fritt Folk" wieder auferstanden sei. Um die wirtschaftliche Kraft "des schlecht redigierten zentralen Organs der NS" zu erhöhen, habe man jegliche Warnungen aus Fachkreisen in den Wind geschlagen und sich "über jede Spur von Schamgefühl hinweggesetzt". Eine solche Handlungsweise könne selbst in normalen Zeiten nur als unanständig charakterisiert werden, während sie in der Zeit der Papierrationierung geradezu eine Ungeheuerlichkeit darstelle.

Gerade in NS-Kreisen wird die Angelegenheit als eine "Herausforderung der Öffentlichkeit bezeichnet". Im Bericht eines Gewährsmannes heisst es hierzu, diese Tatsache sei "ein erschreckender Beweis dafür, zu welcher Art von Massnahmen Quislings schlaue und berechnende Umgebung (gemeint ist dabei hauptsächlich der Kreis um Thronsen) den Lebensfernen Förer veranlassen" könne. Neben anderen ähnlichen Dingen, deren Motive ebenfalls offensichtlich Eigeninteresse und Gewinnsucht seien, sei hierdurch das Ansehen der Partei auch bei positiv eingestellten Menschen erheblich geschädigt worden. Man hofft in diesen Kreisen, dass die Angelegenheit allein schon mit Rücksicht auf die Papierrationierung, zu der der Reichskommissar durch die kriegsbedingten Notwendigkeiten gezwungen sei, von deutscher Seite aufgegriffen und einer anständigen Regelung zugeführt wird.

In norwegischen Fachkreisen befürchtet man, dass die Papierzu-  
teilung für die Zeitungen im Laufe des Winters noch weiter herab-  
gesetzt wird, da das Rohmaterial bei der jetzigen Verteilung  
nicht ausreichen werde. Falls dies den Tatsachen entspräche,  
sei das Eingreifen des Reichskommissariates in dieser Frage um-  
so wünschenswerter, um zur wirtschaftlich vernünftigsten und  
propagandistisch zweckmässigsten Verteilung der vorhandenen  
Papiermengen kommen zu können.

Aus S t a v a n g e r wird gemeldet, dass die Berufung des  
Redakteurs P a u s e t t nach Oslo, worüber in den vorigen  
"Meldungen aus Norwegen" berichtet wurde, am 23.10. - dem Tage  
seiner Abreise - telegrafisch bis auf weiteres ausgesetzt wurde.  
Hierzu wird bekannt, dass diesem Telegramm eine heftige Ausein-  
andersetzung zwischen Minister L u n d e und Pressedirektor  
B e g g e r u d vorausging. Es gelang Beggerud, der einer Be-  
rufung Pausetts nach Oslo entgegenarbeitet, seinen Standpunkt  
gegenüber Minister Lunde mit dem Hinweis auf die von ihm als  
unzufriedenstellend geschilderten Presseverhältnisse in Stavan-  
ger durchzusetzen. Minister Lunde soll jedoch schnellste Bereini-  
gung der Verhältnisse bei der Presse in Stavanger verlangt haben,  
um die Berufung Pausetts nach Oslo im Anschluss daran vornehmen  
zu können. Redakteur Ö s t l e b y e, der mit der vorläufigen  
Leitung des "Stavanger Aftenblad" beauftragt worden war, ist end-  
gültig als verantwortlicher Schriftleiter dieses Blattes einge-  
setzt worden.

Als weiterer Schachzug Beggeruds gegen Pausett wird die in den  
letzten Oktobertagen bekannt gewordene Tatsache gewertet, dass  
das staatliche Pressedirektorat in einem Schreiben an den staat-  
lichen Presseleiter von Stavanger angeordnet hat, dass "Stavan-  
geren", das Blatt Pausetts, ab 1.1.1943 einzustellen ist. In  
einem Bericht der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheits-  
polizei und des SD. Stavanger wird gegen diesen Plan folgendes  
vorgebracht:

" Die Auflagentiffern von "Stavangeren" und "Rogaland" sind etwa gleich hoch, während "Stavanger Aftenblad" das verbreitetste Blatt ist. In politischer Hinsicht vertritt heute jedoch nur "Stavangeren" kompromisslos den Kurs der Neuordnung und des deutsch-norwegischen Zusammengehens. "Rogaland" und in geringerem Masse auch "Stavanger Aftenblad" neigen mit Rücksicht auf das Geschäftsinteresse zu Kompromissen. Wenn die Auflösung einer der drei Stavanger Tageszeitungen unbedingt erfolgen muss, so werden von hier aus Bedenken dagegen erhoben, dass gerade "Stavangeren" verschwinden soll. "Stavangeren" ist kulturell und politisch das wertvollste Propagandainstrument in Stavanger, d.h. diese Zeitung ist im Hinblick auf Tradition, Mitarbeiterstab und Führung von allen Stavanger Blättern an ehesten geeignet, aufrichtig positiv im Sinne der Neuordnung zu arbeiten. Man muss bedenken, dass die Mitarbeiter schon unter dem früheren Redakteur und bereits vor dem deutschen Einmarsch gegen Liberalismus und Marxismus geschrieben haben und dass dieses Blatt eins der wenigen Nicht-NS-Blätter war, das sich um Verständnis für Deutschland bemühte. Wie die Entwicklung bewiesen hat, genügte hier die Einsetzung eines NS-Redakteurs, um zu vermeiden, dass grobe Entgleisungen vorkommen.

"Stavanger Aftenblad" dagegen hat als ehemaliges Venstre-Blatt eine stark linksradikale Einstellung gehabt. Seine Mitarbeiter stehen nicht nur politisch, sondern auch kulturell im Gegensatz zur Neuordnung. Die Umstellung dieser Zeitung ist also mit der Einsetzung eines politischen Redakteurs nicht erreicht. Nur so lassen sich Entgleisungen, wie sie in letzter Zeit berichtet wurden, erklären. Das Verschwinden des "Stavangeren" wäre also nicht nur politisch ein Verlust, sondern das an sich arme Kulturleben Stavangers würde dadurch noch mehr veröden.

Falls tatsächlich eine Stavanger Zeitung verschwinden muss, wird von hier aus folgender Vorschlag gemacht :



"Stavanger Aftenblad" erscheint weiterhin unter Leitung eines NS-Redakteurs als das Blatt der Masse, wobei der Name beider Zeitungen im Kopf zu erscheinen hätte. Aus der Redaktion des "Rogaland" hätte ein fachlich guter Mitarbeiter eine täglich oder zweitägig erscheinende Seite für die Landwirtschaft zu redigieren. Damit würde erreicht, dass erstmals die Leserschaft des "Rogaland" mit gutem politischen Propagandamaterial versehen würde, denn politisch ist diese Zeitung bisher so dürftig, dass ihr Verschwinden in dieser Hinsicht keinen Verlust bedeutet. Trotzdem erhielten bei der hier vorgeschlagenen Lösung die Bauern ihren fachlichen Lesestoff. "

d) Verwaltung und Recht.

Die norwegische Regierung erliess am 26. Oktober 1942 ein Gesetz über die Beschlagnahme von jüdischem Vermögen. Danach wird das Vermögen der norwegischen sowie der staatenlosen, in Norwegen sich aufhaltenden Juden zugunsten der Staatskasse eingezogen. In der Presse wurde hervorgehoben, dass das Gesetz der letzte Schritt zur Regelung der Judenfrage in Norwegen sei. Es gehe zurück auf das Grundgesetz vom Jahre 1814, das den Juden die Einwanderung nach Norwegen verbot. Wenngleich die Judenfrage in Norwegen nie eine volkspolitische Frage in dem Sinne gewesen sei wie in den europäischen Binnenländern, so hätten die jüdischen Kräfte vor dem Kriege auch hier im Lande grossen Einfluss gehabt. Das Gesetz wird in der Bevölkerung, vor allem in kirchlichen Kreisen mit Entrüstung kommentiert. Es heisst, die Beschlagnahme des jüdischen Vermögens sei eine unmoralische Massnahme. Die Notwendigkeit eines solch scharfen Vorgehens sei nicht einzusehen, da die Juden in Norwegen stets nur geringe Bedeutung gehabt hätten. Obgleich die Mehrzahl der Norweger gar nicht judenfreundlich eingestellt sei, so verstosse doch ein solches Gesetz gegen ihr Rechtsbewusstsein. Wenn bestimmte Juden gefährlich erschienen, könne man gegen sie ja entsprechende Massnahmen ergreifen. Die allgemeine Beschlagnahme des jüdischen Vermögens verstosse fundamental gegen die norwegischen Rechtsauffassungen über das Privateigentum. Nachdem dieser Begriff durch das neue Gesetz ganz erheblich ins Wanken gekommen sei, würden sicherlich weitere "Übergriffe" folgen und die Rechtssicherheit noch mehr unterhöhlen. Bezeichnend ist insofern das in Oslo umlaufende Gerücht, demnächst würde ein Gesetz erscheinen, wodurch die norwegische Regierung, der man alles Schlechte zutrauen könne, das Vermögen aller Hochgradfreimaurer mit Ausnahme der Freimaurer in der NS beschlagnahmen werde.

Einstellungen und Beförderungen von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes müssen grundsätzlich von dem Personalamt der NS, das dem Innendepartement unterstellt ist, genehmigt werden. Es wird nun vielfach Klage darüber geführt, dass infolge der bürokratischen und schleppenden Arbeitsweise des Personalamts sowie wegen seiner straffen Zentralisierung die Personalbeurteilungen viel zu langsam und häufig auch nicht objektiv genug er-

folgen. Die Einstellungs- und Beförderungsliste lege einen sehr langwierigen Weg zurück, nämlich von dem Bezirk an das zuständige Departement, weiter zum Personalamt, dann zur Bezirksverwaltung und den einzelnen lokalen Parteiinstanzen, zurück zum Personalamt und dem zuständigen Departement, das nunmehr die Entscheidung treffe und sie anschliessend der zuständigen Dienststelle zuleite. Bis zur Entscheidung über eine Neueinstellung vergingen oft 3 bis 5 Monate und nicht selten komme es vor, dass der für eine bestimmte Stelle vorgeschlagene wegen der langsamen Arbeitsweise des Personalamts einen anderen Posten annähme. Nach einer Meldung aus Bergen beschwerte sich der leitende Arzt eines dortigen Krankenhauses darüber, dass er keinen Assistenzarzt und nicht die notwendigen Krankenhilfen bekommen könne, weil sich durch die langsame Erledigung der politischen Beurteilungen die Einstellungen immer wieder verzögerten. Der Kontorchef bei der Kommune Bergen erklärte, derartige Klagen seien fast täglich zu hören, die schleppende Behandlung der Einstellungen schade dem Ansehen sowohl der Partei wie der Behörden; viele Vertrauensmänner der Partei, die im Personaldienst arbeiteten, hätten sich darüber beklagt, dass sie sich nur als Laufjungen für das Personalamt betrachteten und unter diesen Umständen kein Interesse an ihrer Arbeit hätten. Ähnliche Meldungen bestätigten diese Darstellung. Sehr nachteilig hat sich die langsame Personalbeurteilung bei dringend notwendigen Einstellungen von Polizeibeamten ausgewirkt. Um den bestehenden Mängeln abzuwehren, wird vielfach vorgeschlagen, den Personaldienst der NS zu dezentralisieren und die Personalbeurteilungen den einzelnen Fylkesführungen zu übertragen.

Fortlaufend sind Bestrebungen im Gange, bei verschiedenen Kommunen und Fylken Gebietsveränderungen vorzunehmen. So bestehen Pläne, die Stadtgebiete von Stavanger und Drontheim durch Eingemeindungen zu vergrössern. Der Fylkesfører von Buskerud und Vestfold machte den Vorschlag, aus 53 Kommunen dieses Bezirkes 35 zu bilden, um damit der Fylkesverwaltung sowie der Zentraladministration die Übersicht zu erleichtern und den "Ordfører nach Feierabend" durch einen hauptamtlich tätigen Ordfører in einer Weise zu ersetzen, die die sachgemässe Arbeit

fördere und auch finanziell durch den vergrösserten Arbeitsbereich gerechtfertigt werden könne. In Partei- und Verwaltungskreisen wird erörtert, ob ein selbständiger Fylke Sunndøre gebildet werden solle und es aus wirtschaftlichen sowie verkehrsmässigen Gründen angebracht sei, den südlichen Teil vom Fylke Hordaland zum Fylke Rogaland zu nehmen. Die Erörterungen über die Bildung von Grossfylken, insbesondere eines Grossfylke Westland, gehen weiter. Allen diesen Plänen stellen sich erhebliche Widerstände entgegen.

Die deutschen Kriegsgerichte in Norwegen verurteilten im dritten Quartal 1942 393 Norweger, während im zweiten Quartal 329 Verurteilungen erfolgten. Das Ansteigen der Verurteilungen ist vor allem auf Diebstähle aus Wehrmachtsgut, die mit der Verknappung der Lebens- und Genussmittel zusammenhängen, zurückzuführen. Es wurden 113 Geldstrafen, 267 Gefängnisstrafen, 12 Zuchthausstrafen und eine Todesstrafe (Fall Birkevold), die im Gnadenwege in eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren umgewandelt wurde, ausgesprochen.

Das norwegische Volksgericht ist in letzter Zeit mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Es verhandelte seit dem Sommer nur noch in wenigen Sachen. Häufig bezeichnet man das Volksgericht als "Schattengericht". Viele Straffälle, die an sich zur Aburteilung durch das Volksgericht geeignet sind, werden von der norwegischen Staatspolizei durch Sicherungsmassnahmen erledigt. Vor allem in kirchlichen Kreisen wird erklärt, man wisse genau, dass das Volksgericht die von Quisling seinerzeit geforderte Verurteilung des früheren Bischofs Berggrav abgelehnt habe. Dadurch habe das Volksgericht dazu beigetragen, die rechtlose Gewaltpolitik Quislings zu entlarven und Berggrav als den grossen norwegischen Märtyrer erscheinen zu lassen.

In letzter Zeit traten NS-Juristen im Schrifttum mehr hervor. Um die Neuordnung ideologisch mehr zu unterbauen, hat das Justizdepartement an eine Reihe von NS-Juristen die Aufforderung ergehen lassen, in Zeitungen und Zeitschriften Artikel zu schreiben. Der Justitiarius Helliksen behandelte in "Aftenposten" die Ideologie der NS. In "Fritt Folk" wies Advokat Lien auf die notwendige Reform des Odelsrechts hin. In "Aftenposten"

erschieden verschiedene Aufsätze von Dr. jur. Östrem, welche die Einführung eines neuen, im Entwurf bereits vorliegenden Arbeitsrechts propagandistisch vorbereiten sollen. Der Innen- riksraad Dahl machte in der Zeitschrift "Ragnarok" längere Ausführungen über die frühere, jetzige und künftige Verwaltung und Verfassung Norwegens. Ein juristisches Werk von Prof. Arnholm wurde von Expeditionschef Hasle in "Fritt Folk" scharf kritisiert. Hasle betont, es müsse als seltsam bezeichnet werden, dass eine juristische Darstellung vom Jahre 1942 ganz ausserhalb der Problemstellung des Nationalsozialismus bleiben könne. Es sei ausserdem verstimmend, dass ein Professor bei der Universität Oslo es so sorgfältig vermeide, den Studenten, die er mit Bezahlung vom Staat unterrichten solle, Einblick in das, was die staatstragende Partei durchführen werde, zu geben. Über das Thema "Die rechtliche Grundlage eines gross- germanischen Bundes" schrieb der Lagmann Pedersen einen Artikel in "Aftenposten". Der mit NS sympathisierende Advokat Syrrist erklärte sich in "Aftenposten" für die Bildung eines gross- germanischen Bundes, in dem aber die norwegische Eigenart gewahrt bleiben müsse. Von Prof. Hermann Harris Aall er- schien ein neues Werk mit dem Titel "Nationale Lebensan- schauung und Weltpolitik".

e) Wirtschaft.Ernährungswirtschaft

Der Rückgang der Fischversorgung in Norwegen hängt in erster Linie mit der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Beeinträchtigung des Fischfanges zusammen:

- 1) Die Kriegsmarine war gezwungen, die als Wach- und Küstenfrachtschiffe brauchbaren Fischereiboote für sich in Anspruch zu nehmen.
- 2) Den verbleibenden Fischereifahrzeugen kann nur ein Bruchteil des benötigten Betriebsstoffes zugeführt werden.
- 3) Den Fischern muss die Fahrt der 3-Meilenzone an der Küste untersagt werden und darüber hinaus sind sie gezwungen, weitere von der Kriegsmarine festgelegte Sperrgebiete zu beachten.
- 4) Es besteht grosser Mangel an Verpackungsmaterial wie Fässer und Kisten usw.
- 5) Es fehlen in weitgehendem Masse die notwendigen Fischereigeräte, Garne zum Ausbessern der Fangnetze usw.
- 6) Den Spezialfabriken wandern die Arbeiter und Arbeiterinnen zu besser bezahlten Arbeitsstätten bei der Wehrmacht und bei grossen Bauvorhaben ab.
- 7) Der geringe Verdienst der Fischer führt zu einer Abwanderung in besser bezahlte Arbeitsplätze bei der Wehrmacht. Hierzu trägt vor allem die Knappheit an den für die schwere Fischerarbeit besonders notwendigen Lebensmitteln bei. An den neuen Arbeitsstätten steht den Fischern die reichhaltigere und insbesondere regelmässige Wehrmachtsverpflegung in Aussicht, wobei die für den Fischer zum Lebensbedürfnis gewordenen Tabakwaren und Spirituosen auch eine besondere Rolle spielen.

Verursacht der Mangel an Verpackungsmaterial schon besondere Schwierigkeiten in der ungehinderten Zufuhr der Fänge in die Verbraucherstätten, so werden diese Schwierigkeiten noch

in besonders nachteiliger Weise durch den Ausfall von Nahverkehrstransportbooten an der Küste und durch die stark verknappten Beförderungsmittel in den Landgebieten vergrößert.

Der durch die Kriegslage hervorgerufenen Beeinträchtigung der Fischfangergebnisse steht der weit umfangreicher gewordene Bedarf an Fischprodukten gegenüber. Von norwegischer Seite wird immer wieder als Begründung für die Fischknappheit die Beanspruchung zu grosser Fischkontingente für das Reich und für die Versorgung der Besatzung im Lande angeführt. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Ermittlungen und getroffenen Feststellungen haben im Gegensatz hierzu gezeigt, dass die der norwegischen Bevölkerung verbleibenden Fischmengen genügen würden, eine auskömmliche Versorgung sicherzustellen.

Der Grund für die Mangelercheinung auf dem Fischmarkt ist vielmehr in den unzulänglichen Verteilungsmethoden zu erblicken, die in den "Meldungen aus Norwegen" mehrfach dargestellt worden sind. Innerhalb der norwegischen Versorgungsbehörden ist eine Erfolg versprechende Planung bisher nicht zustande gekommen. Auch die seitens der norwegischen Behörden herausgebrachten zahlreichen Verordnungen und getroffenen Massnahmen, die vielfach von den Verteilerfirmen entweder nicht verstanden wurden oder unberücksichtigt blieben, haben eine zweckmässige Regelung nicht erbracht.

Die in den früheren "Meldungen" geschilderten Misstände, die in erster Linie auf die politisch gegnerische Einstellung leitender Versorgungsfunktionär und Grossisten zurückzuführen sind, haben bisher nicht beseitigt werden können. Das zuständige Handelsministerium sieht sich nach wie vor ausserstande, eine durchgreifende Änderung herbeizuführen.

Es fehlt offenbar an geeigneten Männern, die wohl auch nicht mehr aus den Reihen der NS-Geschäftsleute herauszusuchen sind.

Unter diesen Umständen ist auch dem Schleich- und Schwarzhandel in der Fischverteilung Tür und Tor geöffnet.

Als besonders typisches Beispiel ist die derzeitige Fischversorgung in Gross-Oslo anzusehen. In den letzten Wochen und Monaten nahm hier der Fischmangel katastrophale Formen an. Bei Verhandlungen, die zur Abwendung bedenklicher Folgen eingeleitet wurden und an denen das Innenriksdepartement, das Handelsdepartement, sowie das Fischerei-Direktorat, das Sozialdepartement, der Wirtschaftsbeauftragte des Ministerpräsidenten und ausserdem eine Reihe von Fischgrossisten sowie sonstige Fischfachleute beteiligt waren, ergab sich der Eindruck, dass man diskutierte und Feststellungen traf, ohne sich jedoch über Änderungen oder Besserungen klar zu werden und es dann auch dabei beliess. Dieser Eindruck ging besonders auf die Äusserungen des stark gegnerisch eingestellten Direktors des Versorgungsdepartements zurück, der u.a. ausführte:

- 1) "Die Fischversorgung Gross-Oslo für den Herbst und Winter ist jetzt zufriedenstellend geregelt."

Die tatsächlichen Zufuhren sanken von 475.700 kg in der Woche vom 18.9. - 24.9.42 auf 242.000 " " "

" " 16.10. - 22.10.42, wobei noch zum grossen Teil in dieser Menge Delikatessen wie Hummer, Taschenkrebse (Krabbe) usw. einbegriffen waren, die für die arbeitende Bevölkerung unerschwinglich hoch im Preise stehen. Der augenblickliche Kriegsbedarf an Fischwaren in Gross-Oslo beläuft sich auf etwa 700.000 - 800.000 kg pro Woche. Es ist daher erklärlich, dass weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere den arbeitenden und denjenigen, die keine Zeit zum Schlagenstehen haben, ein auskömmliches Mittagessen nicht zur Verfügung steht.

- 2) Der erwähnte Beamte des Versorgungsdepartements erklärte, dass "zusätzlich für Gross-Oslo 420 t frische Fische auf Eis herangekommen und weitere 400 t im Anrollen seien". Eine angestellte Untersuchung ergab, dass diese Zusatzmenge weder auf dem Markt noch in den Geschäften erschienen. Hierin ist die Bestätigung einer Vermutung zu ersehen, dass die Fischgrossisten und die Fischgeschäfte die einkommenden Frischfischmengen, anstatt diese unmittel-



bar den Verbrauchern zuzuführen, zur Erzielung höherer Verdienstmöglichkeiten zu weitaus teureren Produkten, wie Fischfilets, geräucherten Fischen, gesalzenen Fischen, zubereiteten Fischgerichten, Fischpudding usw. weiter verarbeiten und grösstenteils in Kühllagern horten.

Die minderbemittelten Käuferkreise sind auch hierbei wiederum die Benachteiligten.

3. Schliesslich forderte der Direktpr, dass "die Verbraucher nunmehr zur Hauptsache Klippfisch und Stockfisch essen" sollten, "da hiervon grosse Vorräte greifbar seien". In Wirklichkeit sind auch diese Fischarten nur in beschränktem Umfange am Markt.

Ein verbreitetes Gerücht, dass in Kürze auch Klippfisch und Stockfisch rationiert würden, nahmen wohlhabende Kreise, aber auch Grossisten und Einzelhändler zum Anlass, Mengen von diesen Fischarten zu hamstern, um sie an knappsten Tagen als Tausch- und Schleichhandelsobjekte zu verwerten.

#### Brennholzversorgung:

Im vergangenen Jahr wurde auf Veranlassung des mit der Aufgabe betrauten Sozialdepartements bereits in den Wintermonaten mit der Vorsorge in Brennholz für den kommenden Winter 1941/42 begonnen. Dieses frühzeitige Einsetzen der Arbeiten wirkte sich damals in der Versorgung gut aus.

In der Folge wurde das Landwirtschaftsdepartement in seiner Zuständigkeit für die Wald- und Forstwirtschaft mit der Beschaffung des Holzes, d.h. mit dem Holzschlag betraut, während die Verteilung in der Hand des Handelsdepartements lag.

In diesem Jahr wurde zunächst durch Verordnung vom 12. März über den Umsatz inländischen Brennmaterials bestimmt, "dass jeder Erzeuger von Holz für Handelszwecke so bald wie möglich und spätestens bis zum 1. Juni 1942 das Holz für Handelszwecke, das er erzeugt, bei den Verkaufsorganisationen der Waldbesitzer (Vorkaufvereinigung) im Bezirk anmelden soll.

- 56 -

Diese Verpflichtung umfasst auch die Bestände der Erzeuger an erzeugtem Holz für Handelszwecke."

Gleichzeitig wurde ein Ausschuss für Brennholzfragen mit 10 Mitgliedern, an der Spitze der Fylkesmann Stenersen, ernannt. Dieser Ausschuss setzte sich aus Personen in gänzlicher politischer Gegensätzlichkeit, d.h. NS-Abgehörige, sogenannte Jössinger und sonstigen Gegner zusammen, so dass von vornherein eine Erfolg versprechende sachliche Arbeit ausschied. Stenersen selbst sah sich unter diesen Umständen ausserstande, eine Brennholzregelung herbeizuführen und gab den Versuch auf. Der Innenminister stellte das Versagen des Ausschusses so dar, als ob das Reichskommissariat Stenersen als Brennholzversorger abgelehnt habe, da dieser angeblich nicht in der Lage war, die geeigneten Mitarbeiter für seine Aufgabe heranzuziehen.

Auf Betreiben des Reichskommissariates trat zum 15. August eine Änderung der Zuständigkeit für Brennholzversorgung ein. Es wurde ein "Wedstyre", d.h. Holzdirektor, im Landwirtschaftsdepartement eingesetzt und somit ging die Holzbeschaffung und Verteilung in eine Hand über. Im Stab des Holzdirektors ist das Reichskommissariat durch den Landforstmeister und die Abteilung für Holzbewirtschaftung massgebend vertreten.

Der Holzdirektor hat im wesentlichen die Aufgabe, die Holzverbraucher zu erfassen und die Holzmengen festzusetzen, die diesen von der Verkaufsvereinigung, siehe Verordnung vom 12. März, zugeführt werden sollen.

In der Brennholzversorgung sind eine Reihe von Schwierigkeiten aufgetreten:

Die Waldarbeiterlöhne, d.h. die Entlohnung für das Holzschlagen und für das Heranschaffen des geschlagenen Holzes an die Abfahrtswege sind derart gering, dass selbst das Sozialdepartement hierfür eine Erhöhung von wenigstens 30 % anstrebt. Dabei sehen diese Löhne keinen Unterschied in den durch ungangbares Gelände entstehenden besonderen Schwierigkeiten vor.

- 57 -

Beispiel: Im Walde - für das Fällen, Ästen, d.h. Äste abschlagen, Spalten und Aufschichten eines Favners - 2 m x 1 m x 0,60 m - beträgt der Tariflohn Kr. 8,50 bis 9,50 ohne Zuschlag, auch wenn das Holz aus einem noch so grossen Waldstück zusammengetragen werden muss.

Der Holzpreis steigt erst nach Abfahrt, während der Waldarbeiter für einen völlig unzulänglichen Lohn arbeiten muss.

Die Waldbauern und Waldbesitzer haben von sich aus, allerdings gesetzwidrig, 20 - 40 % über Tarif bezahlt, da ihnen andernfalls auch die letzten Waldarbeiter abgesprungen wären.

In der Stadt ist als Lohn allein für das Sägen eines Favners Holz auf Brennlänge Kr. 6,- bis 7,- festgesetzt worden, mit einem Zuschlag von Kr. 1,- je Favner, wenn das Holz nur einige Meter weiter gestapelt werden soll.

Die Waldarbeiter sind als Folge der unerträglich schlechten Lohnbedingungen in Scharen zu den grossen Bauvorhaben abgewandert und werden dort nicht mehr freigelassen, womit sie auf Grund der guten Bezahlung sehr einverstanden sind. Im letzten Monat wurden darüberhinaus weitere Arbeiter vom Holzschlagen vorübergehend weggeholt, um bei der infolge ungünstiger Witterung in diesem Jahr besonders schwierigen Ernte mit angesetzt zu werden.

Das bisher geschlagene Holz lagert in Folge der Transportschwierigkeiten und Mangel an Arbeitskräften zum grössten Teil noch in den Wäldern. Es wird für Südnorwegen mit 1 400 000 Favner angesetzt. Der Normalverbrauch beläuft sich auf 1 800 000 Favner, so dass mit einer Fehlmenge von rund 400 000 Favner zu rechnen ist. In Gross-Oslo, d.h. Oslo und Aker, werden auf Grund der durchgeführten Ermittlungen den heutigen Umständen ent-

sprechend 550 000 Favner gebraucht, gegenüber einem Normalverbrauch von 700 000 Favner. Bisher lagern in Gross-Oslo nach bisheriger Schätzung zwischen 2 - 300 000 Favner.

Für die Wehrmacht ist ein Bedarf von etwa 250 000 Favner angesetzt, der zum Teil von den Formationen selbst geschlagen und herangeschafft werden soll. Der Bevölkerung soll als Ausgleich Kohle und Koks geliefert werden.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass in Oslo und Aker, darüberhinaus in ganz Südnorwegen der Brennholzbedarf bis etwa Ende Februar Anfang März, d.h. zu etwa 50 % gedeckt ist. Für den restlichen Bedarf kann auf Grund geplanter Vorsorge und insbesondere durch günstigere Abfahrtsmöglichkeiten im Schnee mit einer einigermaßen auskömmlichen Versorgung gerechnet werden.

Zur Streckung der Brennholzvorräte ist u.a. behördlicherseits das Feuern der Kamine in den Privathäusern untersagt.

Das Reichskommissariat stellt zur Erleichterung der Situation, insbesondere zur Ausgabe an die arbeitende Bevölkerung, 60 000 t Kohle und Koks für Südnorwegen zur Verfügung. Hiervon sind durch den Reichskommissar in der vergangenen Woche 10 000 t dem Sozialminister zur Verfügung gestellt worden.

### Handwerk

In den "Meldungen aus Norwegen" wurde schon darauf hingewiesen, dass der Leiter des norwegischen Handwerkerverbandes, Gundersen, eine Neuordnung des norwegischen Handwerkes anstrebt und bereits vor längerer Zeit einen Gesetzesvorschlag vorgelegt hat, der u.a. die Errichtung von Handwerkskammern, die Pflichtmitgliedschaft zum norwegischen Handwerkerverband, die Ernennung eines norwegischen Handwerksmeisters und die Verbesserung der Handwerker Ausbildung vorsieht. Wie der Sekretär des norwegischen Handwerkerverbandes mitteilt, soll vorerst die Pflichtmitgliedschaft zum Handwerkerverband eingeführt werden. Quisling soll bereits seine Zustimmung hierzu erteilt und Minister Blehr beauftragt haben, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Gundersen hält es zudem für sehr zweckmässig, wenn Vertreter des norwegischen Handwerks sich in Deutschland über die im Zusammenhang mit der geplanten Neuordnung interessierenden Fragen informieren können. Er hat dieshalb am 22. Oktober 1942 bei dem Leiter des Auslandsausschusses der Reichshandwerksführung, Reichsamtsleiter Hans Sehnert, angefragt, ob es möglich sei, dass einige Vertreter des norwegischen Handwerks baldmöglichst eine Studienreise nach Deutschland unternehmen könnten. Gundersen erwähnte hierbei, dass ihm bekannt sei, dass Anfang Oktober eine national-spanische Handwerkerabordnung in Berlin weilte und sich in diesen Tagen schwedische Handwerker in Berlin aufhalten, um das Handwerk in Deutschland zu studieren.

Es ist die Frage, ob diese Vorhaben kriegswichtig und politisch zweckmässig sind.

Über die Stellung des Handwerksstandes im geplanten Norges Arbeidssamband bestehen zwischen dem Leiter des Handwerkerverbandes, Gundersen, und dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsbewegung, Fossum, Meinungsverschiedenheiten. Gundersen hat hierzu in einem Schreiben vom 23.10. an den 2ständigen Vertreter des Leiters der DAF, das deutsche Handwerk", Rudolf Schäfer, Stellung genommen und u.a. zum Ausdruck gebracht,

- 60 -

dass in Norwegen das Handwerk immer eine eigene Abteilung im norwegischen Arbeitgeberverband gebildet habe und die Handwerker in der fachlichen Landesorganisation ihre eigenen Landesverbände hatten, wie z.B. den Norwegischen Bäcker- und Konditorverband, den Norwegischen Goldschmiedearbeiterverband usw. In dem Schreiben heisst es dann weiter:

"Im Sommer d.J. hat die Leitung der fachlichen Landesorganisation, ohne sich mit mir als Landesleiter der Abteilung Handwerk in der NS-Fachgruppenorganisation zu beraten, eine organisatorische Änderung durchgeführt, nach der die verschiedenen Handwerker überall mit den Industriearbeitern zusammengefasst wurden. So sind beispielsweise die Bäcker- und Konditorhandwerker mit den Arbeitern der Tabak- und Fleischindustrie und die Goldschmiedearbeiter mit den Industriearbeitern des Eisen- und Metallarbeiterverbandes zusammengefasst worden. Ich habe dem Leiter der fachlichen Landesorganisation, Fossum, im Schreiben vom 5.10.42 eine begründete Erklärung übersandt, warum ich der Auffassung bin, dass das Handwerk in einer eigenen Abteilung (Fachamt) innerhalb des Norges Arbeidssamband gesammelt werden muss und nicht mit Industrie- oder anderen Berufsgruppen zusammengefasst werden darf, doch ist der Erfolg dieser Zuschrift leider ganz negativ gewesen. Der Leiter der fachlichen Landesorganisation, Fossum, kann meine Ansicht nicht verstehen."

Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass im norwegischen Handwerkerverband keine Ausmeldungsaktion, wie bei den Gewerkschaften und anderen Berufsorganisationen, stattgefunden hat, sondern in ganz Norwegen lediglich ein Mitglied seinen Austritt aus dem Verband erklärt hat. Leitende Leute des Handwerkerverbandes erblicken in dieser Tatsache den Beweis dafür, dass die norwegischen Handwerker Vertrauen zu dem im Zuge des Ausnahmezustandes 1941 eingesetzten Leiter des norwegischen Handwerkerverbandes, Gundersen, haben.

#### Finanzwesen.

Bei den Banken ist eine ruhige und gleichmässige Entwicklung zu verzeichnen. Die Spareinlagen steigen weiterhin an, ebenso die

- 61 -

Einlagen der laufenden Geschäftskonten. Die Einlagen in den Aktienbanken sind von 949.217.000,- Kr. im September 1930 bis zum August 1942 auf 2.074.707.000,- Kr. gestiegen und die Einlagen in den Sparbanken von 1.541.559.000,- Kr. auf 1.774.570.000,- Kr. Hierbei sind nur die Einlagen der Privatsparer berücksichtigt. Norwegische Bank- und Finanzkreise sehen in der Steigerung der Einlagen nicht nur einen Beweis für die Tatsache eines erhöhten Notenumlaufs und einer schlechten Geldanlagemöglichkeit, sondern auch für das grosse Vertrauen, welches die norwegische Bevölkerung zu den Banken hat.

Wie aus Tromsø berichtet wird, hat in letzter Zeit eine stärkere Kreditaufnahme durch die Fischereibetriebe begonnen, die diese Mittel zur Ausrüstung für die beginnende Herbst- und Winter-saison verwenden. Die Banken stellen diese Kredite bereitwilligst zur Verfügung, zumal sie über genügend flüssige Mittel verfügen. Während des zivilen Ausnahmezustandes im Gebiet Drontheim in der Zeit vom 6. bis 12.10.42 hat der NS-Fylkesfører Rogstad den Vorstand der Norges Bank, Drontheim, wegen politischer Unzuverlässigkeit abgesetzt und in den neuen Vorstand folgende Personen berufen, nachdem er die Zustimmung von Finanzminister Prytz erhalten hatte:

Disponent K. B r ö d h o l d t , Drontheim,  
Richter E.D. B ö c k m a n n , Drontheim und  
Landwirt Nicolai S e t s a a s, Selbu.

Weiterhin wurde auf Veranlassung von Fylkesfører Rogstad der administrierende Direktor der "Trondhjems Sparebank", Bankchef Ludvig Sivertsen, abgesetzt und zu dessen Nachfolger der Banksekretär Bjarne Prahl-Petersen aus Drontheim ernannt.

Sivertsen wird als ein ausgesprochener "Jössing" bezeichnet, der vor einiger Zeit wegen intellektueller Mittäterschaft an einem Sabotageakt verhaftet war.

Prahl-Petersen ist altes NS-Mitglied und seit längerer Zeit Fylkespersonalleiter im NS-Fylke Sørtrøndelag. Früher war er als Sekretär bei der Drontheimer Sparbank tätig. Als Bankfachmann genießt er einen guten Ruf.

Nachdem die "Bøndernesbank" in Drontheim schon seit längerer Zeit von einem NS-Mann geführt wird und im März 1942 der Bürgermeister von Drontheim, Bergan, zum kommissarischen Leiter der "Forretningsbank" ernannt wurde, werden nunmehr die 4 bedeutendsten Banken von Trøndelag von NS-Mitgliedern geleitet.

#### Arbeit und Sozialwesen.

##### Arbeitsvertragsbrüche:

In den letzten Monaten ist die Zahl der Arbeitsvertragsbrüche, besonders im Gebiet Kristiansand, ausserordentlich gestiegen. Im Gebiet Kristiansand handelt es sich insbesondere um Arbeiter, die auf den Baustellen der Luftwaffe auf Lista und bei den "Knaben-Molybdän-Gruben" beschäftigt sind. Der grösste Teil der als arbeitsflüchtig gemeldeten Arbeiter wurde nach kurzer Inhaftierung und Belogung mit einer Geldstrafe an ihre Arbeitsstellen zurückgeführt. Wenn durch diese Massnahmen in letzter Zeit auch ein Rückgang der Arbeitsverweigerungen eingetreten war, so wird nunmehr aus Kristiansand von einem erneuten Ansteigen der Zahl der Arbeitsvertragsbrüche berichtet und der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass in den folgenden Wintermonaten weiterhin eine Steigerung zu erwarten ist, wenn nicht schnellstens geeignete Gegenmassnahmen getroffen würden. Auf Grund der Arbeitsvertragsbrüche soll bei den "Knaben-Molybdän-Gruben" die tägliche Förderung um ca. 250 bis 300 t. zurückgegangen sein.

Auf Grund vorliegender Berichte sind für die Zunahme der Arbeitsvertragsbrüche nicht nur die Arbeiter, sondern zu einem grossen Teil auch die norwegischen Firmen verantwortlich zu machen, die sich um die soziale und hygienische Betreuung der Arbeiter kaum kümmern, was zwangsläufig zu einer starken Stimmungverschlechterung der Arbeiter beigetragen hat. Hinzukomme, so heisst es in den Berichten, dass norwegische Firmen in zahlreichen Fällen Arbeiter als arbeitsflüchtig gemeldet hätten, obwohl diese genehmigten Urlaub hatten, oder ordnungsgemäss krank gemeldet gewesen seien. Auch seien Arbeiter als arbeitsflüchtig angegeben worden, die nach Ablauf ihrer Dienstver-



pflichtungszeit (1/2 Jahr) ihren Arbeitsplatz rechtmässig verlassen hatten. Weiterhin sei festgestellt worden, dass verschiedene Firmen bei Anwerbung von Arbeitern grosse Versprechungen gemacht hätten, die später nicht gehalten werden konnten. Einige Firmen hätten keine genauen Unterlagen über die Zahl der bei ihnen beschäftigten Arbeiter. Sie würden von Zeit zu Zeit in ihren Listen nachsehen, ob die Arbeiter noch beschäftigt sind, und wenn sie nicht mehr als beschäftigt aufgeführt seien, die Arbeiter kurzerhand als arbeitsflüchtig melden. Bei diesen Verhältnissen würden sich die Arbeiter als Gefangene betrachten und jede Gelegenheit wahrnehmen, von den Arbeitsplätzen, auf denen derartige Zustände herrschten, wegzukommen. Diese Verhältnisse trügen zur Verschlechterung der an sich schon aus politischen Gründen nicht positiven Stimmung der Arbeiterschaft bei. Eine ausgesprochene Arbeitsunlust sei die Folge. Teilweise könne von einer absolut deutschfeindlichen Stimmung gesprochen werden, da in der Arbeiterschaft die Auffassung vertreten werde, dass die deutschen militärischen Dienststellen Schuld daran seien, dass die Baufirmen ihre Versprechen in bezug auf Löhne und Akkorde nicht einhalten. In einem Bericht aus Kristiansand wird der Vorschlag gemacht, eine scharfe Überprüfung der Entreprenörfirmen vorzunehmen. Diese Firmen würden mit allen Mitteln danach trachten, möglichst viel Arbeiter anzuwerben und einzustellen, ohne sich später im geringsten um sie zu kümmern. Derartige Firmen seien im letzten Jahre aus reiner Konjunktur heraus geradezu wie Pilze aus der Erde geschossen, ohne dass fachliche, kaufmännische und betriebsleitende Voraussetzungen gegeben gewesen seien. Vielfach seien solche Firmen von reinen Nichtfachleuten gegründet worden, wobei irgendein Baumeister als Strohhalm verwendet worden sei. Von deutschen Dienststellen, den Gewerkschaften, Arbeitgebern und loyal eingestellten Arbeitern wird der Standpunkt vertreten, dass durch die Einführung der Arbeitskarte das unrechtmässige Abwandern von Arbeitern von ihren Arbeitsplätzen im wesentlichen unterbunden werden wird. Wie in Erfahrung gebracht wurde, wird am 1.12.42 die Arbeitskarte eingeführt. Bis zum 15.11. müssen die in Frage kommenden Betriebe listenmässig die Zahl ihrer Handarbeiter melden. Jeder Arbeiter, der in dem Besitz einer

Arbeitskarte gelangt, erhält künftighin von seinem Betrieb wöchentlich bei der Lohnzahlung die reguläre Lebensmittelkarte und zusätzlich die Schwerarbeiterkarte. Es kommen hierbei in der Regel nur Betriebe mit mindestens 10 Handarbeitern in Frage, wobei Ausnahmen auf Antrag zulässig sind. Es besteht auch die Möglichkeit, dass Einzelpersonen die Arbeitskarte beantragen. Insgesamt kommen am 1.12. 362 000 Arbeitskarten zur Verteilung, die sich folgendermassen zusammensetzen:

## Gruppe A:

Schiffbau u. übrige Eisen- und Metallind.	48 000
Baugewerbe	130 000
Bergbau	6 000
Stein- und Erdindustrie	12 100
Sägewerk und Holzverarbeitende Industrie	20 500
Chem. u. elektrochem. Industrie	8 800
Seeschifffahrt	11 600
Transportgewerbe	36 000
Öl- und Fettindustrie	2 300
Papierindustrie	6 700
	<hr/>
	282 000

## Gruppe B:

Fischerei	25 000	
Waldwirtschaft	25 000	
Landwirtschaft	30 000	80 000
	<hr/>	
	zus.	362 000
		<hr/> <hr/>

Dienstverpflichtung:

Nach der "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer Bedeutung vom 9.7.41", kann die Dienstverpflichtung für nicht länger als 6 Monate, bei Arbeiten im Bergbau und in der Metallindustrie für nicht länger als 1 Jahr ausgesprochen werden. Auch ist eine Verlängerung bzw. Erneuerung der Dienstverpflichtung nicht möglich.

In der nächsten Zeit läuft wiederum eine grössere Anzahl halbjähriger Dienstverpflichtungen ab, so dass mit Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Arbeitskräften gerechnet wird. Von

der Organisation Todt, der Nordag und anderen Unternehmen wird es für erforderlich gehalten, die zeitlich unbegrenzte Dienstverpflichtung einzuführen.

#### Gewerkschaften.

Nach Mitteilung des Leiters der fachlichen Landesorganisation, Odd Fossum, zahlen ca. 30 % aller Gewerkschaftsmitglieder keinen Beitrag mehr. Von den Arbeitern werde dies zum Teil mit den schlechten Lohnverhältnissen begründet und zum Teil damit, dass die Gewerkschaftsleitung nicht in der Lage sei, die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen. In letzter Zeit sei in den Betrieben ein gewisser Terror zur Einstellung der Beitragszahlung ausgeübt worden.

In Gewerkschaftskreisen hat man sich anscheinend damit abgefunden, dass in nächster Zeit mit der Proklamierung des Norges Arbeits-  
sambands im Interesse des Arbeitsfriedens nicht zu rechnen ist. Da gerade von nichtorganisierten Arbeitern gegen die Gewerkschaftsleitung agitiert wird, wird in mehreren Berichten der Vorschlag gemacht, die Zwangsmitgliedschaft für alle Arbeiter einzuführen. Von deutscher Seite wird jedoch der Einwand erhoben, dass die Einführung der Zwangsmitgliedschaft eine Beunruhigung der Arbeiter verursachen könnte und alles unterbleiben müsste, was geeignet sei, den Arbeitsfrieden zu stören.

Auf Vorschlag der Abteilung Arbeit und Sozialwesen soll in der nächsten Zeit unter Vorsitz von Minister Lippestad eine Arbeitsgemeinschaft gebildet werden, der je 6 Arbeitnehmer und Arbeitgeber angehören sollen. Die Arbeitsgemeinschaft soll alle, sowohl den Arbeitgeber als auch den Arbeitnehmer interessierenden Fragen und insbesondere Streitfälle behandeln und beilegen.

#### NS-Fachgruppenorganisation.

Auf Veranlassung des Landesleiters der NS-Fachgruppenorganisation, Odd Fossum, wurden von der norwegischen Staatspolizei am 1.10. 1942 wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern

- 66 -

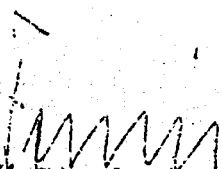
Arnljot H e g l e , Gauobmann der NSFO und Leiter  
der fachlichen Landesorganisation  
Trøndelag und der Arbeits-  
vermittlung Drontheim,

Asbjörn W a k s v i k , Kreisleiter der NSFO, Drontheim,  
und

Sverre H a n s s e n , Fylkespropagandaleiter d e r  
NSFO, Drontheim,

festgenommen. Den drei Genannten wird der Vorwurf gemacht, Gelder der Organisation während des NS-Parteitages verbraucht zu haben. Die Revision, die noch nicht zum Abschluss gebracht worden ist und durch die schlechte Buch- und Aktenführung äusserst erschwert ist, hat ergeben, dass die Genannten während des Parteitages in Oslo über 7 500,- Kr. verbraucht haben und sich zweimal 2 000,- Kr. von Drontheim nach Oslo telegrafisch überweisen liessen.

In einer Pressenotiz vom 13.10. wurde im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Leiters der fachlichen Landesorganisation Trøndelag, des NS-Kreisleiters Hjelmeland, mitgeteilt, dass 2 Revisoren an der Rechenschaftsführung nichts weiter auszusetzen hätten, als dass der frühere Vorsitzende Hagle unberechtigt 2 000,- Kr. zu viel Reisekostenvorschuss in der letzten Hälfte des Monats September genommen habe. Inwieweit Waksvik und Hanssen belastet sind, müssen die weiteren Revisionsarbeiten ergeben.

  
4-Standardenführer.

Anlage zu den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 47.

"Fritt Folk" vom 7. November 1942.

Das Verhältnis zwischen NS und der Freimaurerei

vom Führer der Nasjonal Samling.

Nach der Auflösung der Freimaurerlogen in Norwegen vom 19. September 1940 wurde das Verhältnis zwischen der NS und den ehemaligen Freimaurern durch die Parteiverordnung vom 28. November 1940 geordnet.

Unter Hinweis auf diese Parteiverordnung schärfe ich aufs neue ein, daß das Verhältnis der Partei zu den einzelnen ehemaligen Freimaurern ein für alle Mal prinzipiell festgelegt ist. Kein Mitglied der NS hat das Recht diese Bestimmungen zu umgehen, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Ausnahmen der in der Parteiverordnung gegebenen prinzipiellen Bestimmungen können nur vom Führer der NS persönlich lt. Gesetz vom 12. März 1942 über Partei und Staat entschieden werden.

Zweifellos repräsentiert die Freimaurerei eine Geistesrichtung und eine Weltordnung, die mit der Ordnung, für die die NS kämpft, nicht vereinbar ist. Sie ist ein Werkzeug für internationale und feindliche Kräfte, die mit äußerster Konsequenz bekämpft werden muss. Jedes NS-Mitglied muß sich dieser Tatsachen bewußt sein.

Im Einklang hiermit hat auch die NS der Tätigkeit der Freimaurerei in Norwegen einen Punkt gesetzt. Die Logen wurden aufgelöst und jegliche Tätigkeit für die Freimaurerei wurde verboten. Wir verlangen von allen Parteimitgliedern eine klare und bestimmte Einstellung gegenüber dem fremden und jüdisch bestimmten Wesen der Freimaurerei.

Jegliche Behandlung der Freimaurerfrage muß jedoch sachlich und unpersönlich vor sich gehen. Der Kampf gegen die Freimaurerei darf

sich nicht in törichten Phantastereien verlieren, die nämlich nicht nur Mangel an Urteilskraft zeigen, sondern auch der Sache direkt Schaden zufügen. Es ist auch nicht notwendig, den Kampf gegen die Freimaurerei zu einem Hauptpunkt im fortgesetzten Kampf zu machen. Die Freimaurerei in Norwegen ist liquidiert und spielt keine praktisch politische Rolle mehr ausser den schädlichen Nachwirkungen.

Ich selbst habe mehr als die meisten von uns Anlaß gehabt, mir selbst eine begründete Meinung über die schädliche Wirkung der Freimaurerei für unsere Bewegung zu machen. Es ist meine bestimmte Auffassung, daß diese hemmende Wirkung sich wesentlich in zwei Formen äußert. Erstens dadurch, daß es der Freimaurerei gelungen war, einen großen Teil der positiven Kräfte unseres Volkes einzufangen. Wenn man bedenkt, daß die Freimaurerei in Norwegen ungefähr 15 000 Männer umfaßt, während das Nachschlagebuch ("Wer ist wer?") über mehr oder weniger bekannte Norweger (Frauen und Männer) insgesamt ca. 3 500 Namen enthält, erhalten wir einen Begriff davon, welchen Hemmschuh die Freimaurerei bei der Besetzung von Stellungen in Partei und Staat bildete.

Auf der einen Seite kann man nicht davon absehen, daß es unter den früheren Freimaurern eine Reihe wertvoller Menschen gibt, deren sich die Neuordnung annehmen muß und die trotz ihrer Zugehörigkeit zur Freimaurerei genauso gute Norweger sind wie jeder andere. Ich kann z.B. den Höchstgerichtsrichter S e l m e r anführen, der als Kriegsfreiwilliger an der Ostfront gefallen ist.

Auf der anderen Seite muß die Neuordnung jedoch eine starke Zurückhaltung zeigen soweit es die Anstellung früherer Freimaurer in öffentlichen Stellungen betrifft.

Die andere schädliche Wirkung der Freimaurerei ist die Erzeugung von fixen Ideen, die die Reaktion gegen die Freimaurerei in einzelnen überhitzten Gehirnen mit sich gebracht hat und die zur Zeit derart ausartet, daß man glauben möchte, der angebliche Freimaurerfeind sei in Wirklichkeit ein Freimaureragent

- 3 -

und ein Provokateur, wenn nicht dessen Mangel an Fähigkeit, die Tatsachen zu beurteilen nicht allzu offenbar wäre.

In dieser Verbindung möchte ich besonders folgendes unterstreichen:

Wenn ein ehemaliger Freimaurer als Mitglied der NS nach den geltenden Bestimmungen anerkannt ist, hat er dadurch die offizielle Anerkennung von mir als dem verantwortlichen Führer der Partei, daß er durch seinen Einsatz und seine gesamte Haltung bewiesen hat, daß er mit der Freimaurerei fertig ist. Einen Angriff gegen ihn in Wort und Schrift, öffentlich oder privat, zu richten, ist unter diesen Umständen unzulässig. Der Angriff baut auch nur auf der Tatsache, daß der Angegriffene ehemaliger Freimaurer ist. Dieses hat gar nichts mit der Bekämpfung der Freimaurerei an sich zu tun. Es muß nur als ein persönlicher Angriff, der einen groben Bruch der Parteidisziplin offenbar, sowie den Versuch, einen Keil in die Bewegung zu treiben, angesehen werden. Falls ein Mitglied etwas Ernstliches an den Verhältnissen des Betreffenden auszusetzen hat und glaubt, dieses auf dessen früheres Verhältnis zur Freimaurerei zurückführen zu können, muß diese Angelegenheit auf dem regulären Dienstweg unter Angabe konkreter Sachen und nicht unehrenhafter Beleidigungen vorgebracht werden.

Besonders ernst wird diese Angelegenheit, wenn die ablehnende Haltung der Partei gegenüber der Freimaurerei von einzelnen dadurch mißbraucht wird, daß eine persönliche Politik oder persönliche Ziele gefördert werden, wobei es sogar passieren kann, daß man je nach Belieben die Freimaurerei als Kampfmittel benutzt oder die Freimaurerfrage ruhen läßt.

Ich werde solche für die Bewegung schädlichen und unwürdigen Erscheinungen nicht ungestraft dulden. Ein Bruch mit den gegebenen Bestimmungen wird wie jeder andere Fall von Disziplinosigkeit notwendigerweise von mir mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln als Führer der Partei und als Staatsbehörde geahndet werden. Ich mache jeden politischen Führer und jeden Hirdführer persönlich für das in seinem Arbeitsgebiet sich ereignende verantwortlich. Die Forderung nach Parteidisziplin muß unaufhörlich aufrecht erhalten werden.

Oslo, 6. November 1942.

Vidkun Quisling.

Partieverordning über das Verhältnis zwischen NS und Freimaurerei.

Infolge der heute sich zeigenden Verhältnisse wird bestimmt:

1. Freimaurer, die vor dem 9. April 1940 aus der Loge ausgetreten sind und die sich vor diesem Tage in die NS gemeldet haben, sind keinerlei Einschränkungen in der Arbeit für die NS unterworfen.
2. Diejenigen Freimaurer, die nicht freiwillig aus der Loge in der Zeit vor dem 9. April 1940 ausgetreten sind, oder - obwohl ausgetreten - sich vor dem 9. April 1940 nicht in die NS gemeldet haben, werden einer dreijährigen Probezeit als NS-Anwärter unterworfen und können je nachdem, ob sie ihre Probe bestanden haben, als vollwertiges Mitglied aufgenommen werden.

Für Freimaurer, die bereits Mitglieder der NS sind, wird die bisherige Mitgliedszeit als entsprechend abgediente Probezeit gewertet, ganz oder teilweise, falls gegen sie sonst nichts einzuwenden ist.

Diejenigen, die einen höheren Grad innerhalb der Freimaurerloge erreicht haben, sollen nicht gleichzeitig in führende Stellungen der NS ohne Zustimmung des NS-Förers gelangen.

Oslo, 28. November 1940.

Vidkun Quisling

R.J. Fuglesang.

Gesetz vom 12. März 1942 über Partei und Staat.

- § 1 Nasjonal Samling ist die staatstragende Partei in Norwegen und fest verbunden mit dem Staat.
- § 2 Die Organisation der Partei und die Tätigkeit und Pflichten der Mitglieder werden vom Fører der Nasjonal Samling bestimmt.

Oslo, 12. März 1942.

Quisling  
Ministerpräsident

Hagelin

R.J. Fuglesang.